



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
17. Sitzung	Donnerstag, 29. September 2016 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Ursula Haag, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinner Marco Küng
Anwesend	32 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Alois Baumgartner Felix Frischknecht Josef Sieber Markus Renggli Lukas Füglistner Mimoza Sejdini Christian Bossard Denise Hunziker
Ende der Sitzung	00.25 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2016/30	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge	436
2	2016/31	Aufgaben- und Finanzplanung 2017 - 2031	437
3	2016/32	Budget 2017	443
4	2014/33	Umfrage	476

Ursula Haag, Präsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen 17. Einwohnerratssitzung. Es freut mich, dass ich nun nach einmal Abwesenheit wieder die Einwohnerratssitzung leiten darf. Heute beschliessen wir über das Budget 2017. Das ist infolge unserer finanziellen Situation schwierig und eine grosse Herausforderung. Ich hoffe aber trotzdem, dass wir eine konstruktive Sitzung durchführen können.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Alois Baumgartner, Felix Frischknecht, Josef Sieber, Markus Renggli, Lukas Füglistler, Mimoza Sej dini, Denise Hunziker und Christian Bossard. Luca Erhart kommt später. Es sind im Moment somit 31 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 16.

1 2016.30 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge

Ursula Haag: Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Es ist nichts in Rechtskraft erwachsen, weil die letzte Sitzung erst vor zwei Wochen stattgefunden hat.

Nun zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Verschiedentlich wurde in der Presse über den Mättelisteg berichtet. Ich nutze die Gelegenheit, das Thema Mättelisteg dem Einwohnerrat näher zu bringen. Einige von Euch erinnern sich, dass anlässlich der Budgetsitzung 2010 der Betrag von CHF 35'000 an den Planungskredit für den Mättelisteg abgelehnt wurde. Im Oederlin-Areal wurde ein Parkhaus für die Botta-Badbesucher angedacht. Heute ist ein solches Parkhaus auf Obersiggenthaler Boden nicht mehr vorgesehen. Der Gemeinderat hat 2011 zusammen mit Baden und Ennetbaden ein Entwicklungsrichtplan „Entwicklung des Bäderquartiers“ verabschiedet. Die wichtigsten Ziele für Obersiggenthal waren, die Entwicklung des Oederlin-Areals und insbesondere die Wiederbelebung des Bäderquartiers und Nutzung der vorhandenen Entwicklungs-, Aufwertungs- und Neubaupotenziale. Der Mättelisteg hat gewissermassen strategische Bedeutung. Die Oederlin haben ein Arealpotenzial von 200 – 300 Wohneinheiten. Dort besteht aus Sicht Obersiggenthal das grösste Baufeld, welches noch entwickelt werden kann. Der Mättelisteg bedeutet die kürzeste Fuss- und Radwegverbindung zum Bahnhof Baden und ist somit ein wesentliches Element in der Entwicklung des Oederlin-Areals. Ein Thema, welches auch betrachtet werden sollte ist die Aufzonung. Oederlin kann grosse Werte nutzen, das werden wir im Zusammenhang mit der Bau- und Nutzungsordnungsanpassung sehen, ohne dass eine Mehrwertabschöpfung vorgesehen wurde. Ein Blick zum Nutzen von Obersiggenthal: wir können mit einem zusätzlichen substantiellen Steuersubstrat rechnen, wenn das Oederlin-Areal kommt. Ein Teil der gemeinderätlichen Strategie ist die Entwicklung der Baufelder, um mehr Bevölkerung und somit mehr Steuersubstrat generieren zu können. Der Mättelisteg bedeutet aus kantonaler und insbesondere kommunaler Sicht eine wichtige Langsamverkehrsachse. Aus diesem Grund leistet der Bund eine halbe Million Subventionen an den Steg. Ich möchte an die Diskussion im Zusammenhang mit der OASE erinnern. Der Langsamverkehr ist dort eher stiefmütterlich behandelt worden. Man ist nun aber bestrebt, auch dort entsprechende notwendige Schritte zu tätigen. In diesem Zusammenhang ist der Mättelisteg ein wichtiger Bestandteil. Der Mättelisteg bietet der Bevölkerung von Obersiggenthal einen zusätzlichen Nutzen. Man kann zum Beispiel mit dem ÖV, zu Fuss oder mit dem Velo zum Steg gelangen und dann über den Steg das Bad besuchen oder den geplanten Themenrundweg über Baden, Ennetbaden benutzen. Mit dem Themenrundweg will man den Benutzern die ganze Bädergeschichte näherbringen. Sicher eine interessante Freizeitmöglichkeit für die Obersiggenthaler Bevölkerung. Der Zugang über den Steg ermöglicht natürlich der Bevölkerung einen Rundweg in unserem Naherholungsgebiet Kappisee entlang der Limmat. Nun ein Hinweis auf die Kostenteilung. Der Anteil von Obersiggenthal beträgt 1/3, d.h. CHF 984'000. Der Gemeinderat erwartet von der Oederlin AG, dass sie mindestens 50 % an den Steg leisten. Die Kosten für den Mättelisteg erscheinen hoch, das ist richtig. Doch der Steg fordert auf allen Teilen technisch gesehen sehr anspruchsvolle Verankerungen. Aktuell sind die Verhandlungen mit der Oederlin AG noch am Laufen. Bis jetzt liegt seitens der Oederlin AG noch keine Zusage für eine Kostenbeteiligung vor. Darum hat der Gemeinderat

beschlossen, dem Einwohnerrat am 8. Dezember 2016 keinen Kreditantrag zum Mättelisteg zu unterbreiten. Baden und Ennetbaden halten an ihren Kreditanträgen fest. Ohne Beteiligung von Obersiggenthal wird der Mättelisteg aus heutiger Sicht nicht gebaut. Der Gemeinderat erachtet den Mättelisteg für die Entwicklung von Obersiggenthal als strategisch wichtig. Es bestehen zwei Probleme im Zusammenhang mit dem Mättelisteg: ein Problem ist die Tatsache, dass die Oederlin AG noch keine Zusage gemacht hat; faktisch ist die Oederlin AG wohl eine der wichtigeren Nutzniesser des Mättelisteg und sie müsste nicht mal 1/6 daran bezahlen. Wenn der Gemeinderat den Kreditantrag stellt, dann geht es um eine strategisch wichtige Entscheidung und ich möchte Euch bitten zu überlegen, welcher wichtiger Entwicklungsschritt dies für Obersiggenthal darstellt. Baden wird an ihrer Einwohnerratssitzung vom 25./26. Oktober 2016 für ihren Anteil den Kreditantrag stellen. Ennetbaden wird an der Gemeindeversammlung vom 10. November 2016 den entsprechenden Kreditantrag stellen. Wir haben beschlossen, solange kein Zeichen der Oederlin AG vorliegt, dem Einwohnerrat keinen Kreditantrag zu stellen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Leider verzögert sich die Schlüsselübergabe im Goldiland. An der letzten Einwohnerratssitzung habe ich informiert, dass die Schlüsselübergabe am 11. November 2016 stattfinden wird. Dies hat allerdings keinen Einfluss auf die Eröffnung. Diese sollte wie geplant nach den Weihnachtsferien erfolgen. Wir können wegen dem Einbau der Akustikdecken die Schlüsselübergabe nicht wie geplant am 11. November 2016 durchführen. Sie erhalten nun die Einladung auf den 15. Dezember 2016.

Patrick Hehli: Das letzte Mal wurde die Frage aufgeworfen, warum auf der Baustelle Goldiland momentan nicht so viel läuft. Marie-Louise Du hast versprochen, dies abzuklären. Es ging um die Holzfassade.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Lukas Füglistler stellte die Frage betreffend Fassadenmaterial. Ich hatte ihm sofort eine Antwort des Architekten weitergeleitet. Er war mit der Antwort zufrieden. Die Fassadenmaterialisierung des Neubaus Goldiland wurde ausgehend vom Wettbewerbsprojekt im Laufe der Ausführung u.a. aus Kostengründen noch einmal grundsätzlich überarbeitet. Die schliesslich gewählte Holzverkleidung bedarf einer sorgfältigen, konstruktiven Ausbildung und einer sehr detaillierten Planung, da aus Gründen der Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit die Hölzer bereits vor der Montage werkseitig weitestgehend komplett zugeschnitten und oberflächenbehandelt werden. So fallen auf der Baustelle nur noch minimale Anpassungsarbeiten und der farbliche Schlussanstrich an. Dadurch kann nach einem intensiven Vorlauf für die wiederholte Bemusterung mit der Baukommission und einer relativ langen Zeitspanne für die Planung und insbesondere Herstellung der Elemente die Montagezeit jetzt kurzgehalten werden. Bei einem Baustellenbesuch können Sie sich von der sorgfältig und nun fortgeschrittenen Ausführung der Fassade selbst überzeugen. Die Unterkonstruktion, welche die Dichtigkeit der Fassade gewährleistet, wurde schon vorgängig erstellt, damit das Haus austrocknen kann und die Arbeiten im Innern termingerech fortgesetzt werden können. Die äussere Fassadenverkleidung ist für die Fertigstellung nicht terminkritisch.

Ursula Haag: Zum **Neueingang:** Sie haben drei Papiere auf dem Tisch liegen. Die werden alle für die nächste Einwohnerratssitzung traktandiert.

2 2016.31 Aufgaben- und Finanzplanung 2017-2031

Ursula Haag: Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung und Finanzen, nimmt Einsitz. Der Aufgaben- und Finanzplan dient dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme. Es gibt zu diesem Geschäft keine Abstimmung. Es können Voten dazu gehalten und Anregungen an den Gemeinderat eingebracht werden.

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Nach Studium des Planes stellt man fest, dass sich die finanziellen Aussichten der Gemeinde nicht verbessern. Es ist aus Sicht der Finanzkommission nicht erkennbar, woher eine Verbesserung, insbesondere bei den Fiskalerträgen herkommen soll. Für die Finanzkommission ist daher klar, dass bei den Investitionen noch stärker als bisher priorisiert werden muss. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat erste Schritte unternommen hat. So wurde zum Beispiel ein Fussballplatz gestrichen. Die Finanzkommission begrüsst ebenfalls, dass der Gemeinderat den Mättelisteg in der vorliegenden Form nicht im Finanzplan behalten hat. Die Investitionen, welche im Plan enthalten sind, vor allem Schulraum und Hallen- und Gartenbad, können aus Sicht der Finanzkommission nur umgesetzt werden, wenn in Zukunft Steuerfusserhöhung folgen werden. Mit dem aktuellen Steuerfuss oder Steuersubstrat sind die Investitionen nicht machbar. Die Eigenfinanzierung von Obersiggenthal ist schwach. Es gibt keine Indizien dafür, dass sich das in naher Zukunft ändern wird. Die Finanzkommission steht den Steuereinnahmen eher skeptisch gegenüber. Wir sagen nicht, dass die Steuereinnahmen zu hoch oder zu tief prognostiziert wurden, doch aus Sicht der Finanzkommission wurden diese eher an der oberen Bandbreite prognostiziert. Betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung, vor allem jetzt im Raume Baden mit den internationalen Unternehmen, dann glauben wir eher, dass Druck auf die Steuereinnahmen folgen wird und dass wir kaum positive Überraschungen erleben werden. Wollen wir das Legislaturziel mit CHF 3'000 Schulden pro Einwohner halten, dann resultiert eine maximale Verschuldung von CHF 26 Mio. Wir müssen unbedingt darauf achten, die Verschuldungsgrenze von CHF 26 Mio. nicht zu übertreffen. Je grösser wir die Schulden ansteigen lassen, desto stärker schränken wir den Handlungsspielraum der Gemeinde ein. Ein weiterer Aspekt bezüglich Investitionen ist nicht nur, dass das Geld ausgegeben wird und nicht für anderes verwendet werden kann, sondern dass Investitionen die laufende Rechnung belasten. Ein einfaches Beispiel haben wir vor 14 Tagen erlebt, als über das Provisorium der zwei Schulräumen entschieden wurde. Wir haben gleichzeitig die Jahresrechnung 2017 und folgende mit rund CHF 120'000 belastet. Bei CHF 32 Mio. Aufwand scheinen CHF 120'000 nicht sehr viel, doch es ist bereits ein halbes Steuerprozent. Wir können selber ausrechnen, was das bedeutet, wenn man 8 weitere Schulräume benötigt und was das finanziell bedeuten würde. Man kann noch darüber diskutieren, ob jeder Schulraum die gleichen Folgekosten generiert oder nicht. Doch ich sage jetzt einfach, da kommen wir schnell in den Bereich von drei Steuerprozent Mehraufwand. Das bedeutet, der künftige Aufwand wird mit drei Steuerprozenten mehr belastet. Ich weiss im Moment nicht, woher wir zusätzlich CHF 600'000 zu all den Sparübungen, welche letztes Jahr umgesetzt wurden, herauspressen können. Natürlich, man kann optimistisch sein und sagen, wir schaffen das, angelehnt an Aussagen von Staatsoberhäupter wie Frau Merkel in Deutschland. Ich glaube, wir dürfen nicht ausser Acht lassen, dass wir das nur auf dem Teil schaffen können, welchen wir beeinflussen können. Rund 70 % bis 80 % der Aufwendungen der Gemeinde sind nicht beeinflussbar. Diese Aufwendungen werden vom Kanton oder vom Bund abgewälzt. Ich kann ein Paradebeispiel nennen, welches im August eintraf. Die Gemeinde hat ein Schreiben erhalten, nach einigen bereits durchgeführten Budgetsitzungen, wonach die Gemeinde Obersiggenthal für die Pflegefinanzierung CHF 175'000 mehr aufwenden muss. Auf solche Kosten können wir absolut keinen Einfluss nehmen. Alles in allem sind wir mit dem Gemeinderat zufrieden, dass er erste Priorisierungen getroffen hat. Wir sind zufrieden, dass erste Streichungen erfolgten. Wir sind der Meinung, dass das Enthaltene tendenziell immer noch zu viel ist um es tragen zu können. Für uns ist auch klar, dass die grossen Brocken nur mit einer Steuerfusserhöhung tragbar sind. Der Vorteil für uns alle ist, wir sind alle auch Stimmbürger, wir erkennen das Preisschild, wir wissen was es kostet und wir können entscheiden, ist es uns wert oder nicht.

Ursula Haag: In der Zwischenzeit ist Luca Erhart eingetroffen. Es sind nun 32 vereidigte Einwohnerinnen und Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 17.

Linus Egger, Gemeinderat: Im Finanzplan werde ich mich vor allem dem Zahlenteil widmen. Über den anderen Teil wurden Sie von Peter Marten informiert. Welche Einflussfaktoren haben

wir in dem vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021 eingebaut? Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern haben wir mit einer Wachstumsrate von 1 % gerechnet. Beim Sach- und Betriebsaufwand sowie beim Transferaufwand haben wir mit einer Zuwachsrate von 1 % gerechnet. Beim Personalaufwand wurde mit 1.5 % gerechnet. Betrachten Sie nun den Steuerfuss für das Jahr 2017, gleichbleibend bei 103 %, dann stellen Sie fest, dass für 2018 ein Steuerfuss von 104 % aufgeführt wurde. Das benötigt Erklärungen. Es steht noch die Referendumsabstimmung an, denn im 2018 sollte der Steuerfussabtausch Kanton - Gemeinde folgen. Vorgesehen ist, dass der Kanton seine Steuern um 3 % anhebt und die Gemeinden müssten ihren Steuerfuss um 3 % senken. Das sind kantonale Durchschnittswerte. Wir wissen noch nicht, welche Auswirkungen für unsere Gemeinde daraus resultieren. Der Leiter Finanzen und ich haben dies geprüft und provisorisch können wir aus heutiger Sicht festhalten, dass zwischen CHF 100'000 und CHF 200'000 Mehrkosten auf unsere Gemeinde Obersiggenthal zukommen werden. Sollte die Referendums-Abstimmung angenommen werden, würde das bedeuten, dass wir beim Volk eine Steuerfusserhöhung von 4 % beantragen müssten, weil die prognostizierten Kosten und Investitionen einen Steuerfuss von 104% verlangen. Warum dieser Steuerfussabtausch? Die Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden werden neu verteilt. Zum Beispiel wird der öffentliche Verkehr zu Lasten des Kantons verschoben und die Schulscheinbewirtschaftung der säumigen Krankenkassenprämienzahler gehen zu Lasten der Gemeinden. Es wird kommuniziert, dass eine Entlastung der Gemeinden erfolgen wird. Die aufgezeigten Werte beziehen sich auf kantonale Durchschnittswerte. Bei den Investitionen sticht vor allem das Hallen- und Gartenbad mit CHF 3 bis 3.5 Mio. ins Auge. Peter Marten hat bereits angedeutet, dass dies dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss. Die Gemeindeordnung sieht vor, dass Investitionen über CHF 2 Mio. eine Volksabstimmung benötigen. Wir können diese Investition über CHF 3 Mio. ohne Steuerfusserhöhung nicht finanzieren. Das habe ich bereits an der Orientierung über die Schulhausbauten anfangs Juni 2016 erwähnt. Bei der Prognose 2020 ist ersichtlich, dass der Gemeinderat nochmals eine Steuerfusserhöhung von 3 % auf 107 % beantragen möchte. Auch hier sind Investitionen enthalten, nicht nur das Hallen- und Gartenbad, sondern auch Strassen und Schulbauten, welche saniert und neu gebaut werden müssen. Die Investitionen von CHF 2.5 Mio., welche im Jahre 2017 vorgesehen sind, beinhalten die Strassenbeleuchtung, Schrägerweg und Pavillon Kindergarten. Wenn Sie die zweite Zeile mit den Abschreibungen betrachten, sehen Sie, dass wir jährlich rund CHF 2 Mio. Abschreibungen haben. Wenn Sie noch das operative Ergebnis dazu rechnen, resultiert daraus der Selbstfinanzierungsgrad. Sie können selber den Selbstfinanzierungsgrad bei CHF 2 Mio. Abschreibungen berechnen, wenn zwischen CHF 2.5 Mio. bis 4 Mio. investiert wird. Das Ziel des Selbstfinanzierungsgrades ist, dass er über 50 % oder sein soll, längerfristig sollte er bei 100 % sein.

Wir haben ein operatives Ergebnis von CHF -188'000. Ich werde in der Budgetbehandlung näher darauf eintreten und Ihnen dies erläutern. Trotz Steuerfussanpassungen für das Jahr 2016 haben wir ein relativ bescheidenes operatives Ergebnis. Für mich ist vor allem die Pflegefinanzierung eine Blackbox. Wir wissen nicht, wohin das noch führt. Wir müssen alle Mehrkosten, welche vom Kanton an die Gemeinden verschoben werden, bei unseren beeinflussbaren Kosten, welche ca. 20 % betragen, reduzieren. Wir haben gemäss Versicherungsamt zwischen 110 Mio. und 120 Mio. Gebäudewerte. Das heisst, dass wir rund CHF 1.5 bis 2 Mio. Sanierungskosten benötigen. Diese Kosten sind im Sach- und Betriebsaufwand enthalten. Im Budget haben wir einen Sach- und Betriebsaufwand von ca. CHF 5 Mio. Die Nettoschuld wird bis im Jahre 2021 auf CHF 21.6 Mio. ansteigen. Diejenigen von Ihnen, welche schon länger im Einwohnerrat sind wissen, dass wir in früheren Aufgaben- und Finanzplänen eine Nettoschuld von über CHF 34 Mio. ausgewiesen haben. Die vorgelegte Nettoschuld im aufgezeigten Aufgaben- und Finanzplan beinhalten folgende Änderungen gegenüber den früheren Jahren: es wurden diverse Investitionen gestrichen oder auf spätere Jahre nach hinten verschoben, zum Beispiel Schulbauten. Auf der anderen Seite helfen die eingeplanten Steuerfusserhöhungen mit, die Nettoschuld auf CHF 21.5 Mio. zu halten. Die Nettoschuld pro Einwohner würde sich in der Grössenordnung von CHF 2'300 und 2'500 bewegen. Der Richtwert des Kantons beträgt CHF 2'500. Kurzfrist kann dieser sicher etwas überschritten werden.

Zu den Eigenwirtschaftsbetrieben kann ich sagen, dass die Gebühren für die Wasserwerke, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung unverändert bleiben. Bei den Wasserwerken sind grössere Investitionen geplant. Aus dem Plan ist ersichtlich, dass wir ab 2020, bei Eintreffen

dieser Investitionen und wenn alle getroffenen Annahmen eintreffen, den Wasserpreis pro m³ anpassen müssen. Der m³ Wasserpreis müsste von CHF 2.00 auf CHF 2.30 angehoben werden.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich zeige Ihnen ein Bild mit einem aufgepumpten Pneu. Nach unzähligen Sparrunden präsentiert Ihnen der Gemeinderat nun das Budget 2017 ohne schwarze Null. Die Gründe wurden von Linus Egger bereits vorgetragen. Mit einem Pneu zu fahren, der nicht voll aufgepumpt ist, stellt eine echte Herausforderung dar. Wie bereits verschiedentlich erwähnt, auch vom Präsident der Finanzkommission, kann nur noch mit grossen Einschnitten ein spürbarer Spareffekt erreicht werden. Meine Ratskollegen und ich sind der Meinung, dass die grossen Einschnitte nicht ohne Einbezug der Bevölkerung entschieden werden sollten. Solche Massnahmen haben eine grosse Wirkung auf die Standort- und Lebensqualität in Obersiggenthal. Dies möchte der Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2018 mit der geplanten Steuerfusserhöhung dem Einwohnerrat und der Bevölkerung darlegen. Bei all den Überlegungen muss man mit Bedacht und Umsicht vorgehen. Der heutigen allgemeinen Wirtschaftslage kann sich niemand mehr entziehen. Das bedeutet, dass auch andere Gemeinden früher oder später an der Steuerschraube drehen müssen. Es muss abgewogen werden, ob und welche Standort- und Lebensqualitäten von Obersiggenthal wegen möglichen Steuern geopfert werden sollen oder nicht. Ich möchte Ihnen beliebt machen, werte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, mit den Streichungsanträgen zum Budget 2017 eine gewisse Zurückhaltung walten zu lassen. Damit geben Sie dem Gemeinderat die Möglichkeit, im nächsten Jahr mit wenigstens halb voll aufgepumpten Pneu über die Runden zu kommen. Bezogen auf das Gesamtbudget ist der Nutzen von zusätzlichen Streichungen marginal und hat je nachdem grosse Auswirkungen. Ohne Luft im Pneu kann nicht mehr gefahren werden.

Daniel Jenni: Wir von der CVP/BDP-Fraktion haben uns sehr intensiv mit dem Aufgaben- und Finanzplan auseinandergesetzt. Wir erkennen darin eine gute Strukturierung und Offenlegung der aktuellen Finanzverhältnisse der Gemeinde Obersiggenthal. Für uns zeigt sich nicht überraschend, dass der Steuerfuss bei den aktuell geplanten Projekten leider nach oben angepasst werden muss. Das heisst, in unserer Gemeinde sind grössere Projekte nur noch möglich, wenn auch der Steuerfuss angepasst wird. Aus dem vorliegenden Finanzplan ist jetzt ersichtlich, wo der Gemeinderat Prioritäten setzt. Einzelne Geschäfte, wie zum Beispiel das neue Dokumentenmanagementsystem oder der Mättelisteg, werden durch uns kritisch hinterfragt. Entscheiden werden wir dies hier im Rat. Eigentlich sinnvolle Aufgaben wurden bereits gestrichen, weil dies die finanzielle Lage nicht mehr zulässt wie zum Beispiel der vielfach diskutierte Fussballplatz. Diese Streichungen sind aus Sicht der CVP/BDP-Fraktion leider notwendig. Im Weiteren haben wir Wasser, Abwasser und Abfallbewirtschaftung geprüft. Dort wurden die Aussichten und Planungen klar dargelegt.

Daniela Graubner: Die EVP Obersiggenthal hat das Budget und den Finanzplan ausführlich besprochen. Wieder ist ein operatives Ergebnis im Minus budgetiert und wir sind nicht glücklich darüber. Im Aufgaben- und Finanzplan sehen wir, dass die Prognose 2016 mit einem erneuten Steuerrückgang der natürlichen Personen von 1 Mio. ausgewiesen wird. Das Budget 2017 soll über CHF 600'000 höher zu erwarten sein. Was, wenn dieser Ertrag nicht eintrifft? Was, wenn die Steuererträge auf dem Niveau 2016 bleiben? Die EVP erwartet darum ein ausgeglichenes Budget 2017. Wir unterstützen die Anträge der Finanzkommission und der Arbeitsgruppe Finanzen (mehrheitlich). Ich glaube, wir müssen umdenken. Diskutieren wir doch darüber, was Obersiggenthal ausmachen soll und wie es sich positionieren kann in der Region. Wollen wir eine Gemeinde sein mit Hallen- und Gartenbad, wollen wir eine Sporthalle für Externe betreiben und damit in sinnvoller Freizeitbeschäftigung investieren, auch wenn es alle, Anbieter und Nutzer, etwas kostet? Wollen wir eine Bibliothek und eine Ludothek? In welchem Umfang bieten wir ausserfamiliäre Betreuung an? Wir als EVP fragen uns: Wie soll das Dorf aussehen, in dem wir wohnen? Was macht es attraktiv, damit die Leute sagen, dorthin wollen wir ziehen, dort wollen wir wohnen? Es bietet genau das, was wir suchen und dafür sind wir bereit, den Steuerfuss zu bezahlen, der für eben diese Infrastruktur nötig ist. Wir sind bereit, etwas mehr auszugeben, dafür erhalten wir auch etwas und wohnen gerne in Obersiggenthal. Solche Wertdiskussionen brauchen wir unserer Meinung nach nun dringend. Ein Umdenken: nicht mehr nur, wo können wir sparen, natürlich und hoffentlich auch, aber vielmehr: Was

wollen wir uns leisten und welchen Preis sind wir bereit dafür zu zahlen? Darum noch einmal: Was soll Obersiggenthal ausmachen, damit wir alle, wir die schon hier wohnen und alle die dazu kommen, sagen können: Hier gefällt es mir und hier bleibe ich.

Christoph Villiger: Aus Sicht der FDP-Fraktion möchte ich etwas zum Aufgaben- und Finanzplan sagen. Wir haben uns mit den Unterlagen intensiv auseinandergesetzt, welcher die mittel- bis langfristige Entwicklung der finanziellen Lage unserer Gemeinde darstellt. Wir nehmen diese Planung mit einer gewissen Besorgnis zur Kenntnis. Einige Argumente wurden bereits erwähnt. Die gegenwärtige und auch die künftige finanzielle Situation zwingt uns, eine eingehende Diskussion zu führen bezüglich der Konzentration mit Wichtigem und Dringendem. Wir sehen im Plan, dass grössere Investitionen in der Zukunft ohne Steuererhöhung wie heute geplant, nicht finanzierbar sind. Betreffend der Eigenwirtschaftsbetrieben haben wir die Aufgaben- und Finanzplan geprüft und im Grundsatz zur Kenntnis genommen.

Eugen Paul Frunz: Die SVP Obersiggenthal hat an der Fraktionssitzung intensiv über die Aufgaben- und Finanzplanung wie auch über das Budget 2017 diskutiert. Die Anträge der Finanzkommission und der Arbeitsgruppe Finanzen werden wir mehrheitlich unterstützen. An der letzten Sitzung wurde betreffend Sparmassnahmen mehrfach auf die ausgepresste Zitrone hingewiesen. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Zitrone bis jetzt nur wenig ausgepresst wurde und dass noch mehr Sparmassnahmen möglich sind. Jetzt müssen die harten Brocken angegangen werden, welche auch Auswirkungen auf Dienstleistungen bzw. Angebote der Gemeinde betreffen werden. Das hat für uns noch nichts mit zu Tode sparen zu tun. Die Arbeitsgruppe Finanzen hat diverse Sparvorschläge in ihrem Arbeitspapier aufgeführt, welche genau solche Brocken betreffen. Sparen ist nicht einfach. Es muss unter Umständen auf vertraute Sachen verzichtet werden. Das ist auch so, wenn wir privat sparen müssen. Es gibt Sachen, die kann ich mir nicht mehr leisten, dann gibt es solche, die ich gerne hätte mir aber nicht leisten kann. So müssen wir uns in Zukunft zum Beispiel fragen, ob wir uns ein Schwimmbad in der heutigen Form noch leisten können? Können wir uns an einem Bauvorhaben, welche nicht auf unserem Gemeindegebiet liegt, finanziell beteiligen? Wie hoch dürfen die Kosten für die Kinderfremdbetreuung sein, damit diese tragbar sind? Auch die Wirtschaftslage, das haben wir bereits gehört, ist alles andere als sicher. Wir wissen nicht, wie sich die Stellenstreichungen auf der anderen Limmattseite auf die Einwohnerzahlen von Obersiggenthal auswirken werden. Das wird sicher Auswirkungen auf die Steuereinnahmen haben. Daher müssen wir unsere wiederkehrenden Kosten in den Griff bekommen und bei neuen Investitionen genau überlegen, ob und wie wir uns diese leisten können.

Christian Keller: In der Fraktion SP/Grüne haben wir den Aufgaben- und Finanzplan sowie das Budget 2017 beraten. Wir stehen der ganzen Entwicklung, wie sie zurzeit in der Gemeinde läuft und wie der Einwohnerrat und auch der Gemeinderat damit umgeht, sehr zwiespältig gegenüber. Wir alle wissen, wir haben ein finanzielles Problem, welches auf der Einnahmenseite liegt. Wir haben wichtige, dringende Aufgaben, welche eigentlich an die Hand genommen werden müssten. Doch diese werden wegen der leeren Kasse auf die lange Bank geschoben. Es fehlt gleichzeitig der Mut, die Sache wirklich aktiv anzugehen und die Probleme zu lösen. Investitionen werden hinausgeschoben, angefangen mit dem Entengucksteg. Seit her folgte eines nach dem anderen wie zum Beispiel der Planungskredit am Kirchweg, der Fussballplatz, jetzt kommt wohl der Punkt, dass wir uns ein Sitzungszimmer für das Sozialamt nicht leisten können, Strassensanierungen werden nach hinten verschoben, Mättelisteg, Hallen- und Gartenbad etc. Das sind doch eigentlich Zukunftsprojekte, welche wir hier diskutieren. Ich schliesse mich meiner Vorrednerin Daniela an. Letztendlich ist das auch eine Wertediskussion, was wollen wir uns hier in Obersiggenthal eigentlich leisten? Auf der Dienstleistungsebene sind es Ludothek und Kulturszene, welche Standortattraktivität und Lebensqualität unserer Gemeinde darstellen. Es geht um Beiträge für Familien und Personen in Not. Es geht um Solidarität. Das sind alles Themen, für welche wir offenbar bereit sind, diese wegen der leeren Kasse zu opfern. Ich frage mich, weshalb wir eigentlich eine eigenständige Gemeinde sein wollen, wenn wir sagen, wir brauchen keine Ludothek? Es hat ja eine in Baden, dies nur als Beispiel. Wir haben auch bei der Bibliothek darüber diskutiert. So wie wir mit dem

Problem umgehen, ist es wohl beste Propaganda, um Fusionsgespräche mit den Nachbargemeinden aufzunehmen. Diese neoliberale Welle hat eine Stimmung hervorgebracht, dass man eine Gemeinde wie ein Unternehmen führen soll. Man muss Ende Jahr mindestens eine schwarze Null präsentieren, besser wäre ein Gewinn. Doch das wäre auch nicht gut oder wenn, dann könnten die Steuern gesenkt werden. Im Zuge dieser Diskussion wurden nach und nach Leistungen abgebaut. Heute stehen wir in einer Situation, wo es schmerzt. Wenn eine Familie für den Musikunterricht mehr bezahlen muss, wenn eine Familie mehr bezahlen muss für die Teilnahme ihrer Kinder an Sportlagern, dann schmerzt das in der Familie finanziell, vor allem bei einkommensschwachen Familien. Es liegt doch zum Teil auch in unserer Verantwortung, dass wir gegenüber dem schwächeren Teil der Bevölkerung Sorge tragen. Es liegt in unserer Verantwortung, dass wir Sorge tragen zur Lebensqualität in unserer Gemeinde und zur Standortqualität. Machen wir das nicht, dann wird es schwierig, neue potente Steuerzahler anzulocken. Wir haben zwei Möglichkeiten, mit unseren Problemen umzugehen. Das eine ist, wir schieben das Problem vor uns her, wir treiben den Leistungsabbau voran. Wir nehmen die Erhöhung der Schuldenlast in Kauf. Die andere Möglichkeit wäre, wir erhöhen den Steuerfuss. Ich frage mich, warum der Gemeinderat angesichts dieser finanziellen Schiefelage nicht den Mut hat, dem Einwohnerrat und der Bevölkerung eine Erhöhung des Steuerfusses zu beantragen. Ich frage mich auch, warum die Finanzkommission den Mut nicht hat. Schliesslich hat die Finanzkommission im letzten Jahr einer Erhöhung des Steuerfusses auf 105 % zugestimmt. Jetzt findet die Finanzkommission, es ist nicht nötig, wir bleiben bei 103 %. Das verstehen wir nicht. Wir haben als Einwohnerrat gelobt uns für die Wohlfahrt der Gemeinde einzusetzen. Es ist unsere Aufgabe und dafür wurden wir gewählt. Ich weiss nicht, wenn wir die Leistungen der Gemeinde zurückstutzen und abbauen, ob das der richtige Weg ist. Dienen wir so der Wohlfahrt der Gemeinde? In einer Gemeinde profitieren nicht nur wenige ausgewählte Steuerzahler, wenn die Steuern tief bleiben, es betrifft alle Einwohnerinnen und Einwohner von Obersiggenthal. Unsere Fraktion wünscht sich, dass man die Probleme ernsthaft angeht und dass man Lösungen sucht, welche nicht nur auf der Ausgabenseite alleine liegen, sondern auch auf der Einnahmeseite. Eine Erhöhung der Gemeindesteuern wäre ein Signal an die Stimmbevölkerung. Es wird damit gezeigt, wir haben ein finanzielles Problem, wir müssen handeln und wir brauchen die Unterstützung der Bevölkerung. Ich bin überzeugt, dass eine Erhöhung des Steuerfusses durchkommt, wenn alle hier zur Bevölkerung korrekt kommunizieren und mitteilen, dass wirklich Handlungsbedarf besteht. Doch ich sehe wenig Wille.

Daniel Jenni: Ich wäre froh, wenn sich FDP- und die CVP-Fraktion auch noch zum Budget äussern werden.

Urs Müller: Zu Beginn der Einwohnerratssitzung haben wir vom Gemeindeammann Informationen zum Mättelisteg bekommen. Es wäre aus meiner Sicht gut, wenn wir zum Mättelisteg nicht nur unsere Meinung sagen können, sondern auch darüber beschliessen. Das von Gemeindeammann Gesagte war eigentlich ein Werbespott für den Steg. Doch weil wir kein Geld haben, können wir nicht bauen. Der Widerspruch möchten wir gerne mit einer Motion auflösen. Die Motion ist bereits formuliert, sie ist noch nicht ganz fertig, weil die Meldung, dass der Gemeinderat keinen Kreditantrag für den Mättelisteg unterbreiten wird, erst kurzfristig erfolgte. Ich weiss aus Seiten von Baden und Ennetbaden, dass genau beobachtet wird, was in Obersiggenthal passiert. Lehnen wir den Mättelisteg ab, dann muss dieser konsequent aus dem Aufgaben- und Finanzplan gestrichen werden, denn die Bundesbeiträge laufen dann aus und wir werden diese nicht mehr erhalten. Wir reichen die Motion ein und dann können wir hier im Rat darüber diskutieren und entscheiden unter welchen Bedingungen wir den Mättelisteg wollen oder nicht und. Die Motion wird in den nächsten Tagen eingereicht.

Ursula Haag: Gibt es zum Aufgaben- und Finanzplan der Eigenwirtschaftsbetriebe Wasser, Abwasserbeseitigung und Abfallbewirtschaftung Voten?

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

3 2016.32 Budget 2017

Eintreten wird nicht bestritten.

Ursula Haag: Es nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, Einsitz, und Jacqueline Schmid, Präsidentin Schulpflege, für die Abteilung Schule. Zuerst erfolgen die allgemeinen Bemerkungen zum Budget, also von den verbleibenden Fraktionen CVP und FDP. Anschliessend gehen wir in die Detailberatung der Erfolgsrechnung über. Wir werden uns Dienststellenweise durcharbeiten. Anträge sind in den entsprechenden Dienststellen mit Nennung des Kontos zu stellen. Die Abstimmung erfolgt unmittelbar bei jeder Dienststelle. Ich werde bei jeder Dienststelle darauf hinweisen, wenn ein Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen vorliegt. Globale Prozent-Streichungen über ein Konto über mehrere Dienststellen sind nicht möglich.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Einmal mehr kann ich Ihnen keinen ausgeglichenen Haushalt oder ein erfreuliches Budget präsentieren. Der negative Trend der letzten Jahre hat sich auch im Budget 2017 fortgesetzt. Bis jetzt habe ich immer erklärt, dass wir primär ein Einnahmeproblem haben. Dazu stehe ich nach wie vor. Für diese Aussage wurde ich von meinem Finanzkommissionsmitglied Daniel Meier gerügt. Er meinte, das stimme gar nicht. Wir haben ein Ausgabenproblem. Ich muss sagen, Daniel Meier hat mittlerweile Recht. Begonnen hat es mit den Einnahmen, welche nicht Schritt halten konnten. Jede Privatperson würde bei weniger Einnahmen beginnen zu sparen. Nun muss überlegt werden, wo gespart werden kann. Im Privathaushalt fängt man zuerst dort an zu sparen, wo es nicht so stark schmerzt. Vielleicht geht man weniger ins Restaurant, man kündigt Abonnements von Zeitschriften, man prüft, wo man billiger tanken kann etc. Das sind so typische Mechanismen. Treffen keine Verbesserungen bei den Einnahmen ein, dann kommt Phase 2. Man realisiert, es besteht ein grösseres Problem. Ich würde sagen, dass dies auf unsere Gemeinde bezogen im letzten Jahr der Fall war. Man prüft, wo noch mehr gespart werden kann oder wo mehr Einnahmen generiert werden können. Als Privater hat man die Chance, dass man allenfalls mehr arbeiten oder mehr Dienstleistungen erbringen kann. Bei einer Gemeinde ist dies aber schwieriger. Wir stehen mittlerweile in der Phase 3. Wir müssen stärker und schärfer einschneidend sparen. Selbstverständlich könnte man mit einer mutigen Steuerfusserhöhung das Problem auch lösen. Ich möchte später detaillierter aufzeigen, warum ich denke, dass dies nicht funktioniert. Die Einnahmen schwächeln, das ist Trend Nummer 1, der Aufwand lässt sich scheinbar kaum bremsen, das ist Trend Nummer 2. Im Finanzplan konnten wir sehen, es bestehen immer noch Steigerungsraten von 1 % im Sachaufwand. Zusätzlich gerät unser Aufwand durch den nichtbeeinflussbaren Aufwand unter Druck. Das haben wir dieses Jahr gesehen. Der Gemeinderat, die Finanzkommission, die Kommissionen, die Behörden, Feuerwehr etc. haben versucht, die Kosten zu senken und es wurde geprüft, wo noch ein Ertrag generiert werden kann. Als man endlich das Gefühl hatte, wir haben es geschafft, kommt vom Kanton ein Schreiben mit der Mitteilung über Mehrkostenübernahme der Pflegefinanzierungskosten von CHF 175'000. Das sind harte Realitäten für die Gemeinden. Man macht es sich auf Stufe Kanton schon sehr einfach, gewisse Kosten auf die Gemeinden zu delegieren. Die Finanzkommission hat bei der Prüfung des Budgets festgestellt, dass das operative Ergebnis bei CHF -187'000 liegt. Unsere Erwartung vom letzten Jahr wurde klar formuliert, wie auch dieses Jahr, wir wollen eine schwarze Null sehen. Der Gemeinderat setzte eine Nachbesserungsrunde an und erreichte das Ziel. Doch dann kam das besagte Schreiben vom Kanton mit der Mehrkostenübernahme der Pflegefinanzierung von CHF 175'000. Das Leben besteht leider nicht nur aus Glücksmomenten, das ist der Finanzkommission klar. Trotzdem müssen weitere Sparvorschläge umgesetzt werden. Das haben wir nun seitens der Finanzkommission mit unseren Anträgen versucht. Den Selbstfinanzierungsgrad habe ich bereits erwähnt. Ich war leicht erstaunt, dass keine einzige Fraktion etwas zu den Prognosen 2016 im Fiskalertrag bei den Einnahmen im Aufgaben- und Finanzplan sagte. Aktuell sind wir rund CHF 1.2 Mio. hinter den Budgetprognosen 2016. Wir haben weiterhin ein Einnahmen- und ein Ausgabenproblem. Ich akzeptiere die Meinung von Leuten, welche die Auffassung vertreten, die schwarze Null sei eine Zwängerei. Mit CHF 32 Mio. sei ein operatives Ergebnis von CHF -182'000 absolut irrelevant. Aus unserer Sicht ist das

aber nicht so, denn eine schwarze Null mit einem ausgeglichenen Budget hat eine Signalwirkung. Der Aufwand ist fragil. Fragil bedeutet, er nimmt eher zu. Wir müssen auch jetzt davon ausgehen, dass weitere Schreiben vom Kanton, wie wir sie im August erhalten haben, im Laufe des Jahres oder im Spätherbst ins Haus flattern können. Der Glaube, dass dies auch auf der Einnahmenseite geschieht, soll nie ganz ausgeschlossen werden. Doch ich glaube aufgrund der letzten beiden Jahre nicht daran. Der Finanzkommission ist es ernst. Wir wollen die schwarze Null sehen. Wir werden dazu verschiedene Streichungsanträge stellen und ergänzende Mitteilungen machen. Es gibt aber auch Lichtblicke. Das muss fairerweise auch erwähnt sein. Die anhaltend tiefe Zinssituation sorgt dafür, dass wir für unsere Schulden im Verhältnis praktisch nichts bezahlen müssen. Das ist immerhin eine positive Nachricht. Eine andere positive Nachricht ist, dass der Personalaufwand im Budget 2017 tiefer ist als im Budget 2016. Wie soll es weitergehen? Wir hier im Einwohnerrat müssen uns bewusst sein, dass wir die Sparmassnahmen deutlicher als bisher 1:1 spüren werden. Wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir doch sagen, bis jetzt hat man die Sparbemühungen unter dem Strich gar noch nicht so gespürt. Ich garantiere Ihnen, in Zukunft werden wir die Sparmassnahmen direkter spüren. Das hat nichts mit bestrafen zu tun, sondern ist eine Tatsache. Einsparungen schmerzen. Zum Thema Finanzen kommen mir immer wieder Begriffe in den Sinn. Ein Begriff ist zum Beispiel Opfersymmetrie. Ich bin der Meinung, für die Sanierung unserer Finanzen müssen alle Bereiche beitragen. Ich bin mit Christian absolut einig, dass es nicht sein kann, dass nur Familien mit Kindern einen Beitrag zu leisten haben. Manchmal habe ich persönlich den Eindruck, dass man primär in eine Richtung den Rotstift ansetzen will. Es gibt auch das berühmte Verursacherprinzip, etwas, welches bei den Finanzen oft angewendet wird. Ich habe absolut nichts dagegen, wenn auch dies bei der ganzen Bevölkerungsschicht berücksichtigt wird. Solidarität ist ein grosses Thema, offensichtlich gibt es hier Leute, die noch besser darüber sprechen können als ich. Ein weiterer Begriff ist die Finanzromantik – Over and Out. Wir haben eine sehr schwierige Lage und wir müssen einen Weg aus dieser Lage finden. Einer Parole, dass mit einer Steuererhöhung alles besser wird, muss ich widersprechen, dem ist nicht so. Es wird bestenfalls kurzfristig aber sicher nicht langfristig besser. Ich habe mir erlaubt, die Abstimmungsergebnisse über die letzten Steuerfusserhöhungen zu analysieren. Betrachten wir die Abstimmung über eine Steuerfusserhöhung auf 105 %. Die Finanzkommission hat die Erhöhung begründet, doch der Stimmbürger hat die Begründungen nicht goutiert und die Steuerfusserhöhung wurde abgelehnt. Die zweite Abstimmung mit einer Steuerfusserhöhung auf 103 % wurde mit nur 180 Stimmen Unterschied angenommen. Für mich bedeutet dieses Resultat, bestenfalls könnten wir mit einer weiteren Steuerfusserhöhung auf maximal 104 % rechnen, sicher nicht höher. Das Volk brachte im letzten Jahr klar zum Ausdruck, dass es keine Steuererhöhung auf 105 % wolle, es reichen 103 %. Für mich war ein solches Abstimmungsergebnis unerklärbar. Ich weiss nicht, warum eine grosse Mehrheit der Bevölkerung, nach Prüfung der finanziellen Lage und der vorgelegten Zahlen und Berichte so abstimmte. Ich kann Ihnen nur versichern, heute ist die Situation nicht viel besser. Unser Anspruchsniveau ist mit den Finanzen gewachsen und dieses Anspruchsniveau muss nun zurückgeschraubt werden. Ich habe Verständnis über Enttäuschungen, wenn gewisse Strassen nicht saniert werden oder die Sanierung nach hinten geschoben wird. Aber ist diese bestimmte Strasse matchentscheidend? Ist es wirklich die Strasse, die Obersiggenthal vorwärtsbringt? Wir müssen wirklich unser Anspruchsniveau prüfen. Welche Möglichkeiten haben wir? Jammern hilft nicht. Wir müssen aufzeigen, wie wir aus dieser Situation herauskommen können. Der Sachaufwand muss weiter reduziert werden. Ich neige dazu zu sagen, dass wir versuchen müssen, auf die nächsten Jahre nicht nur ein Null-Wachstum im Sachaufwand zu erreichen, sondern eine Reduktion, eine harte Reduktion von 3 bis 4 %. Ich weiss nicht, ob das möglich ist. Aber das würde uns den Spielraum zurückbringen, damit wir wieder vermehrt handeln können. Investitionen sind ein grosser Hebel um die Rechnung zu ent- oder zu belasten. Man ist sich der Bedeutung über die Folgekosten der Investitionen nicht immer ganz bewusst. Die Folgekosten werden in jedem Investitionsantrag ausgewiesen. Diese müssen wir als Einwohnerrat prüfen und uns überlegen, was das bedeutet. Der zusätzliche Schulraum kostet uns zum Beispiel 3 bis 4 Steuerprozent. Grössere Investitionen sind nur mit einer Steuererhöhung machbar, sonst nicht. Es sind zusätzliche Steuereinnahmen nötig. Aus finanzpolitischen Überlegungen ist es absolut notwendig, dass wir die Projekte, welche wir haben, weiterführen. Frühere Entscheide, welche hier getroffen wurden wie zum

Beispiel Gebiete nicht einzuzonen, waren aus finanzpolitischen Überlegungen nicht sehr clever gewesen. Selbstverständlich werden bei Entscheiden verschiedene Aspekte beigezogen. Ich konzentriere mich auf die finanziellen Aspekte, das ist als Präsident der Finanzkommission mein Job. Wir haben im Budget 2017 weitere Themen geprüft. Das eine war die Kostensituation Sporthalle. Sie haben sicher alle gemerkt, dass es eine neue Kostenstelle Technische Dienste gibt. Darüber werden alle Dienstleistungen Abwarte gebucht. Dies finden wir aus Sicht der Finanzkommission gut. Es dauerte wohl Jahre, bis dies endlich umgesetzt wurde. Jetzt hoffen wir auf eine Entlastung. Sehen wir die Entlastung nicht, dann muss ich sagen, mindestens finanzpolitisch, hat es nicht allzu viel gebracht. Doch wir lassen uns gern überraschen. Die Pensen mit 61.4 sind unverändert. Wir haben eine unausgesprochene Stellenplafonierung. Das ist nicht angenehm für das Personal der Verwaltung. Das ist mir durchaus bewusst, doch finanzpolitisch ist es notwendig. Beim baulichen Unterhalt haben wir in den letzten beiden Jahren immer wieder einzelne Streichungen vorgenommen. Doch hier ist der Teil der vorgängig erwähnten Zitrone ausgepresst! Sie haben von mir ein Postulat betr. Hallen- und Gartenbad erhalten. Einerseits soll im Rat eine Grundsatzdiskussion geführt werden. Soll das Hallen- und Gartenbad weitergeführt werden? Zu welchem Betrag sind wir bereit, das Hallen- und Gartenbad weiterzuführen? Zum anderen wären dann Investitionen, die anstehen. Über diese müsste das Stimmvolk abstimmen. Wären wir bereit, 2 bis 3 % mehr Steuern zu bezahlen? Nun zum Thema Entwicklung Honorare. Wir nähern uns dem Level von 2014, doch wir sind höher als 2016. Wir müssen fairerweise auch sagen, dass in den Honoraren auch Ausgaben enthalten sind, welche bei gewissen Bauprojekten wieder eingenommen werden. Andererseits verbirgt sich hier aus Sicht der Finanzkommission ein gewisses Sparpotential. Wir wünschen uns, dass man sich an andere Werte anlehnt. Bei der ambulanten Pflegefinanzierung, Spitex Obersiggenthal steht stellvertretend für stationäre und ambulante Pflegefinanzierung, haben wir es geschafft, die Millionengrenze zu überschreiten. Es fand eine wahnsinnige Entwicklung statt. Im 2010 standen wir bei knapp CHF 400'000 Aufwand. Wir wissen, dass im Gesundheitswesen Verschiebungen stattfanden, der Trend war eine Verschiebung von den Spitälern nach Hause. Der Deckungsgrad lag immer knapp bei 60 %. Wir können aus den Zahlen ablesen, wie aus der dörflichen Spitex ein eigentliches Spitex-KMU entstanden ist. Die Gesundheitskosten sind ein sehr grosses Thema. Hier muss ich sagen, ohne ein Mathematiker zu sein, dass leicht ersichtlich ist, wohin diese Entwicklung uns führt. Aus der Zeitung habe ich entnommen, dass andere Gemeinde möglicherweise mit der Obersiggenthaler Spitex fusionieren wollen. Vielleicht wird dies dann zu Kostensenkungen führen? Die Budgetprüfung 2017 war dieses Jahr sehr streng. Sie haben beim genauen Durchlesen unseres Berichtes sicher festgestellt, dass wir heute Abend noch mit anderen Sparanträgen kommen werden. Wir wussten bei der Erarbeitung unserer Anträge damals noch nicht, was die Arbeitsgruppe Finanzen genau diskutierte. Wir als Einwohnerrat müssen unsere Gemeinde zum Thema Finanzen wieder in eine strategische Ebene hieven. Das ist relativ schwierig. Das hat nichts mit den hier anwesenden Leuten zu tun, sondern es hat damit zu tun, einen Budgetprozess und eine Handlung des Budgets zu kreieren. Uns als Finanzkommission strebt zum Beispiel eine Idee vor, in gewissen Bereichen ein Globalbudget zu sprechen. Nehmen wir zum Beispiel baulicher Unterhalt. Es ist für Baufachleute frustrierend, wenn sie ein 70-seitiges Dossier vorlegen mit Angaben und Anträgen, was wo und wie saniert etc. werden sollte. Dann kommt die Finanzkommission und streicht dies und jenes. Die ganze Sache wäre doch einfacher, wenn man sagt, hier ist das Geld, verwaltet und setzt das Geld optimal ein. Ob so eine Budgetierung möglich ist, weiss ich nicht. Erste Auskünfte seitens des Gemeindeinspektorates tönnten nicht so positiv. Aber es wäre ein Weg, dem wir uns annähern möchten. Unterhalt zum Beispiel, der aufzeigt, wo was und wieviel und wofür bei den Strassen, beim Hausnetz etc. ausgegeben wurde. So würde man sehen, ob man budgetmässig im Rückstand steht oder ob noch Reserven vorhanden sind. Ich kann keine finanzielle Entwarnung geben. Sachaufwand bitte entlasten, strukturelle Entlastungen jetzt angehen. Wir müssen gewisse Grundsätze definieren, da bin ich mit Daniela einig. Bei den Investitionen müssen wir die Hand draufhalten. Das ist ein Treiber, den wir tendenziell unterschätzen.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich werde Ihnen zum Budget 2017, vor allem beim Zahlenteil, Hintergrundinformationen geben und über die vom Gemeinderat kommunizierten Vorgaben und Ziele informieren, resp. berichten. Wir haben folgende Vorgaben gemacht: Basis für den

Sach- und Betriebsaufwand ist das Budget 2016, ohne Jugendfest. Salär-Anpassungen sind wie folgt zu budgetieren: generell und individuell 0.00 %, strukturell 0.4 %. Der Wert wurde seinerzeit durch die Tiefenprüfung der BDO ermittelt. Unser Ziel war ebenfalls eine schwarze Null beim operativen Ergebnis und ein unveränderter Steuerfuss von 103 %. Als Ergänzung möchte ich anfügen, dass das seinerzeitige Resultat über die Steuerfusserhöhung von 96 % auf 98 % mit nur 7 Stimmen Unterschied angenommen wurde. Die Abstimmungsergebnisse betreffend Steuererhöhungen waren immer knapp. Wir hatten eine schwarze Null beim operativen Ergebnis erreicht. Doch wie Peter Marten bereits darüber informierte, hatten wir zwei Stunden vor Sitzungsbeginn ein Mail vom Kanton mit der Information über die höheren Pflegekosten von CHF 175'000 Mehrkosten erhalten. Diese höheren Pflegekosten liessen die schwarze Null wieder schmelzen und dies führte zum operativen Ergebnis von CHF -188'000. Nun zum Vorgehen Budget 2017. Das Baubudget wurde wie folgt bearbeitet: es fanden Besprechungen zwischen der Abteilung Bau und Planung und Ressortchef, zwischen Gemeinderat und Abteilung Bau und Planung und zwischen Finanzkommission und Abteilung Bau und Planung statt. Die Arbeiten waren sehr intensiv. Wir haben für das Budget 2017 Streichungen von rund CHF 700'000 vorgenommen. Bereits im Vorjahr hatten wir bereits CHF 550'000 herausgestrichen. Die Streichungen der letzten beiden Jahre zusammen ergeben nicht nur Einsparungen, sondern die vorgesehenen Arbeiten wurden nach hinten verschoben. Irgendwann werden diese Kosten wiederkommen und wir erstellen eine Liste, in welchen Jahren dies wieder ins Budget aufgenommen werden sollen. Dabei wird der Einwohnerrat wieder involviert werden. Beim Schulbudget sind wir genau gleich vorgegangen. Es fanden Sitzungen mit der Schulpflege und dem Ressortverantwortlichen statt und es wurde mit dem Gemeinderat besprochen. Auch hier wurden diverse Streichungen vorgenommen. Mit der Musikschule Baden laufen momentan Verhandlungen um flexible Elternbeiträge in Rechnung stellen zu können. Wir haben 5 Vertragsgemeinden Birmenstorf, Gebenstorf, Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal. Alle haben die gleiche Vereinbarung, d.h. 50 % werden subventioniert. Wir möchten flexible Elternbeiträge haben, damit wir möglichst rasch reagieren können. Wir haben deshalb bereits einen Antrag an die Generalversammlung der Musikschule Baden gestellt. Die Versammlung findet Ende November statt. Mit der Delegierten der Schulpflege werde ich an der Generalversammlung teilnehmen und den Antrag des Gemeinderates Obersiggenthal vertreten. Die anderen Vertragsparteien müssen einverstanden sein, damit wir unseren Antrag umsetzen können. Wir werden nach den Herbstferien die Gemeindevertreter der anderen Gemeinden sowie die Delegierten der Schulpflegen nach Obersiggenthal einladen um unseren Antrag vorzustellen und eine Vorbesprechung vor der Generalversammlung durchführen. Sollte der Antrag angenommen werden, wird der Gemeinderat festlegen, wie hoch die Subvention der Elternbeiträge sein soll und den Einwohnerrat entsprechend orientieren. Linus Egger erklärt seine Folie über die Einkommens- und Vermögenssteuern Entwicklung seit dem Jahre 2004 bis heute zum entsprechenden Budget. Bis 2011 sind wir mit der Rechnung immer über dem Budget gelegen. Im Jahre 2011 präsentierte sich die Rechnung erstmals wieder unter dem Budgetwert. In den Jahren 2012 und 2013 übertrafen wir wiederum den Budgetwert. Im Budget 2017 haben wir 1 % Steigerung bei den Steuern gegenüber der Prognose 2016 eingerechnet. Der Prognosewert der Steuereingänge 2016 betragen gegenüber dem Budget 2016 – 1.2 Mio. Woher stammen diese Abweichungen? Bei den natürlichen Personen im Rechnungsjahr 2016 haben wir CHF 153'000 weniger Einnahmen als budgetiert. Es kann sich noch einiges verändern, da sind wir mit der Steuerfusserhöhung mehr oder weniger auf Kurs. Wir haben ein Problem aus den Vorjahren, also 2015 und weiter zurück, wo wir rund CHF 600'000 weniger Steuereinnahmen gegenüber dem Budget 2016 haben werden. Auch bei den Quellensteuern werden wir rund CHF 120'000 weniger Einnahmen und bei den Aktiensteuern CHF 300'000 weniger haben als im Budget vorgesehen war. Zur Kostenentwicklung Gesundheit habe ich folgende Anmerkung. Peter Marten informierte bereits über die ambulante Pflege. Ich habe hier in der Präsentation noch die stationäre Pflege ab 2011 aufgeführt. Die Kosten bei der stationären Pflege (Heime) weisen wir Kosten von CHF 1.2 Mio. aus. Darin sind auch die Mehrkosten von CHF 175'000 im Pflegebereich enthalten. Die grüne Linie zeigt die Kostenentwicklung in der ambulanten Pflege auf. In diesen Kosten sind die Spitex und die private Spitex enthalten. In der stationären und ambulanten Pflege weisen wir zusammen CHF 2.3 Mio. aus, in Steuerprozenten ausgedrückt sind das rund 10 Steuerprozent. Das ist nicht we-

nig, Tendenz aus meiner Sicht steigend. Die Veränderungen im Transferaufwand zur Rechnung 2014, Rechnung 2015, Budget 2016 sind im Budget 2017 etwas höher als im Jahre 2015. Es sind auch Beiträge an Gemeinwesen mit rund CHF 15.1 Mio. enthalten. Dies sind alles Positionen, auf welche wir keinen Einfluss haben. Im Aufgaben- und Finanzplan haben wir ein Prozent Steigerung eingerechnet. Sobald die sich die Kosten mehr oder weniger konstant sind, müssen gewisse Korrekturen vorgenommen werden. Bei den Personalkosten sind wir CHF 70'000 tiefer als im Budget 2016. Beim Sach- und Betriebsaufwand sind wir ebenfalls sinkend im Vergleich zur Rechnung 2014 und 2015 von CHF 4.8 Mio. auf CHF 4.6 Mio. Wir weisen CHF 2 Mio. Abschreibungen aus, diese können wiederum für Investitionen verwendet werden. Der Transferaufwand beträgt CHF 17.5 Mio. Der Wert im Budget 2017 ist in etwa gleich hoch wie in der Rechnung 2015 und im Budget 2016. Der Totalaufwand der Einwohnergemeinde (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe) beträgt CHF 31.6 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad muss auch in den folgenden Jahren verbessert werden. In der Rechnung 2015 weisen wir einen Selbstfinanzierungsgrad von 35 % aus. Gemäss den Vorgaben des Kantons sollte der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 50 % sein. Es sind 100 % anzustreben. Solange wir unter 100 % liegen, wird unsere Nettoverschuldung weiter ansteigen. Die Gemeinde Obersiggenthal wird auch in den nächsten Jahren sparen müssen. Die beeinflussbaren Kosten der Gemeinde Obersiggenthal sind relativ gering. Sie betragen zwischen 20 und 25 %. Zukünftige Investitionen wie Schwimmbadsanierung, Schulhausneubau, Gemeindehauserweiterung oder grössere Strassensanierungen sind ohne Steuerfusserhöhung nicht finanzierbar. Peter Marten sprach vorher nur von zwei positiven Meldungen. Ich präsentiere Ihnen eine dritte positive Meldung. In der nächsten Präsentation zeige ich Ihnen die Kosten pro Einwohner der Rechnung 2006, 2013 und 2014 nach Funktionen auf. Gemäss der kantonalen Auswertung ist Obersiggenthal bei der allgemeinen Verwaltung auf dem 24. Platz von 26 Gemeinden im Bezirk Baden platziert. Das heisst, dass Obersiggenthal am drittwenigsten Kosten pro Einwohner ausgibt. Wo haben wir ein Problem? Wir haben ein Problem im Gesundheitswesen, dort liegen wir an vorderster Stelle, das heisst, dass wir am meisten Kosten pro Einwohner im Bezirk Baden ausgeben. In Obersiggenthal machen die 65-jährige und älteren Einwohnerinnen und Einwohner 21 % der Gesamtbevölkerung aus. Der kantonale Durchschnitt dieser Altersgruppe beträgt 15 bis 16 %. Betrachten wir unsere Nachbargemeinde Untersiggenthal, dann leben dort rund 17 % dieser Altersgruppe in der Gemeinde. Bei der Kultur und Freizeit stehen wir auf Platz 2, wir geben pro Einwohner am zweitmeisten aus. In dieser Funktion sind Schwimmbad und Sporthalle enthalten. Wir geben also relativ viel Geld für Sport und Freizeit aus. Nun möchte ich auf die Bildung hinweisen. In der Bildung stehen wir wie bei der allgemeinen Verwaltung auf dem drittletzten Platz. Wäre der Altersdurchschnitt bei den 65-jährigen und älter etwa gleich hoch wie bei der Nachbargemeinde, müssten wir wahrscheinlich mehr Schulraum zur Verfügung stellen, was in der Bildung zu Mehrkosten führen würde. Betrachten wir zum Schluss die Kostensteigerung von 2013 (HRM1) zu 2006 und von 2014 (HRM2) zu 2006. Obersiggenthal hat im Vergleich 2013 zu 2006 eine Kostensteigerung von 24% und der Bezirk Baden von 27%. Vergleiche ich die Zahlen nach HRM2 hat Obersiggenthal gegenüber 2006 eine Kostensteigerung von 49% und der Bezirk Baden von 79%. Mich interessieren auch die Zahlen der Nachbargemeinden Die Tabelle zeigt die allgemeine Verwaltung auf. Vor uns liegt Untersiggenthal. Baden liegt an erster Stelle, doch Baden ist Zentrumsgemeinde, da wäre eine vertiefte Prüfung notwendig. Nach uns steht nur noch Neuenhof und Spreitenbach. Bei der Bildung liegen wir auf Platz 24, Ennetbaden, Neuenhof stehen hinter uns. Untersiggenthal ist bedeutend weiter vorne platziert und gibt mehr Geld pro Einwohner in der Bildung aus. Bei der Kultur- und Freizeit liegen wir auf Platz 2. Wir geben rund CHF 350'000 pro Einwohner aus, wir stehen direkt hinter Baden. Darin enthalten sind das Schwimmbad und die Sporthalle. Bei der Gesundheit belegen wir den ersten Platz. Das hat vor allem mit der Altersstruktur unserer Gemeinde zu tun. Bei der sozialen Wohlfahrt belegen wir den 7. Platz. Wettingen und Baden sind vor uns platziert. Betrachte ich speziell unsere Nachbargemeinde Untersiggenthal. Diese liegt 3 Ränge hinter uns. Diese Zusammenstellung zeigt auch einen positiven Wert, dass wir uns mit unseren Kosten in der Allgemeinen Verwaltung pro Einwohner mit anderen Gemeinden gut messen können.

Christoph Villiger: Die FDP-Fraktion hat das Budget 2017 sehr intensiv diskutiert. Wir haben gesehen, dass trotz verschiedenster SpARBEMÜHUNGEN das Budget mit einem negativen operativen Ergebnis präsentiert wird. Aus der Sicht der FDP ist dies absolut ungenügend. Es zeigt auf,

in welcher Situation wir uns befinden. Wir haben gesehen, die Fiskalerträge sowie die Kostenreduktionen sind äusserst anspruchsvoll. Die Negativentwicklung der Einnahmensituation bereitet uns grosse Sorgen. Wir haben in den letzten Jahren viele Investitionen für unsere Infrastruktur, welche zugegebenermassen auf einem sehr hohen Niveau liegt, getätigt. Die Folgen daraus sind sehr hohe Fixkosten. Genau diese hohen Fixkosten nehmen uns den Spielraum, um entsprechende Kostenreduktionen zu treffen und engen den Spielraum für das Sparpotential stark ein. Es zeigt auf, dass es nicht die kurzfristige Entwicklung ist. Wir können, was unsere Gemeinde betrifft, nicht von einer konjunkturellen Krise sprechen. Es handelt sich um etwas Mittelfristiges, man spricht von einem strukturellen Defizit. Lassen Sie mich eine Analogie zum Sport machen. Wir sind kein Fussballclub in der Bundesliga, der wohl strukturell ein Defizit hat, doch aufgrund von Champions-League-Teilnahmen oder Spieltransfers etc. oder mit Fernsehrechten etc. auf zusätzliche Einnahmen hoffen kann. Die Aussichten für unsere Gemeinde zwingen uns eine intensive Diskussion zu führen und zu definieren, welchen Standard wir uns leisten können und welche Folgen daraus resultieren. Wie begegnen wir dieser Situation? Auf der einen Seite bestehen kurzfristige und auch mittelfristige Massnahmen. Darum unterstützt die FDP-Fraktion als kurzfristige Massnahme mehrheitlich die Sparanträge der Finanzkommission, damit soweit als möglich ein ausgeglichenes Budget 2017 zu erreichen ist. Die Sparanträge der Arbeitsgruppe Finanzen wurden in unserer Fraktion kontrovers diskutiert.

Marcel Müller: Linus Du hast vorhin Tabellen gezeigt. Hast Du auch noch Tabellen mit dem Steuerertrag pro Person? Das wäre interessant zu sehen, wo steht unsere Gemeinde im Vergleich mit den anderen Gemeinden.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich habe keine solche Liste und es ist auch nicht einfach, eine solche Liste zu erstellen. Will man eine solche Darstellung machen, dann muss man alles auf den gleichen Nenner umrechnen, denn sonst würde die Tabelle nichts aussagen. Die hier von mir gezeigten Folien wurden vom Kanton nach Funktionen erstellt.

Ursula Haag: Wir widmen uns nun der Detailberatung.

0 Allgemeine Verwaltung

Daniel Meier: Konto 0110.3000.00, Legislative, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommission. Im Namen der Finanzkommission stelle ich den Antrag, das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren auf neu CHF 9'750. Angesichts der knappen Finanzen sollte aus Sicht der Finanzkommission das Sitzungsgeld für das Rundschau-Redaktionsteam nicht budgetiert werden; hingegen sollen aus den bestehenden Abteilungen die Kommunikationen via Rundschau weiter ausgebaut werden. Wir sind der Meinung, dass wir über andere Kommunikationsmedien kompensieren können.

Konto 0110.3102.00, Legislative, Drucksachen, Publikationen. Das Konto ist um CHF 5'000 zu streichen. Aus Sicht der Finanzkommission sollten die bestehenden Gefässe der Rundschau, aber auch andere Medien wie Internet, Homepage Obersiggenthal, stärker genutzt werden. Konto 0110.3170.00, Legislative, Reisekosten und Spesen. Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren von alt CHF 8'000 auf neu CHF 3'000. Auf das Kommissionsessen soll verzichtet und damit CHF 5'000 eingespart werden. Die Kommissionsarbeit wird im Stundenlohn abgerechnet.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bei den beiden erstgenannten Anträgen handelt es sich um folgendes. Im Jahr 2013 und 2014 hat der Gemeinderat für eine Optimierung der Behördenkommunikation CHF 17'000 ausgegeben. Die zwei Positionen, über welche nun diskutiert werden, sind zwei dieser Massnahmen. Bei der Rundschau haben wir eine Obersiggenthaler spezifische Seite mit einem Erkennungswert, welcher vierteljährlich erscheinen soll. Der Gemeinderat hat damit die Möglichkeit, der Obersiggenthaler Bevölkerungen Informationen näher zu bringen zu können. Das ist aus Sicht des Gemeinderates ein wichtiges Element. Es gibt immer noch ein Teil in der Bevölkerung ohne Internet und Facebook. Wir können uns vorstellen, dass zum Beispiel die vorgesehenen Sitzungsgelder des Redaktionsteams um CHF 2'000

gekürzt werden auf CHF 3'000. Der Gemeinderat möchte beliebt machen, dass das bereits ausgegebene Geld nicht umsonst ausgegeben wurde und er möchte das bereits Erreichte umsetzen. Dieses Jahr haben wir das nicht budgetiert, weil wir die Sache zu spät für das Budget 2016 in Angriff genommen haben. Doch im 2017 möchten wir es nun realisieren. Zum nächsten Thema betreffend Einsparungen Kommissionsessen. Es gibt immer weniger Leute, welche bereit sind, ihre Freizeit für Aufgaben in der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein unglückliches Zeichen gesetzt wird, wenn die wenigen Annehmlichkeiten, welche mit einer Kommissionsarbeit für die Gemeinde verbunden sind, gestrichen werden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist hier völlig in Frage gestellt. Der Gemeinderat möchte beliebt machen, dass an der Position festgehalten wird.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 0110.3000.00, Abteilung Legislative, Tag und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen: Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 17 Ja- zu 15-Nein-Stimmen angenommen.

Antrag der Finanzkommission: Konto 011.0110.3102.00, Abteilung Legislative, Drucksachen: Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Antrag der Finanzkommission: Konto 011.0110.3170.00, Abteilung Legislative, Reisekosten und Spesen. Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 17 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Patrick Hehli: Ich stelle ein Antrag zu Seite 36, doch vorerst eine Anmerkung zum Konto 0110.3000.00, Kommissionen. Wir möchten dem Gemeinderat respektive der Finanzkommission mit auf den Weg geben, die Anzahl und Vielzahl und Sinn und Unsinn über gewisse Kommissionen zu hinterfragen. Wir von der SVP sind der Meinung, dass wir eine Vielzahl von Kommissionen haben und wir zweifeln an der Effizienz und am Nutzen solcher Kommissionen. Wir sind uns bewusst, man soll nie Spielregeln während eines Spieles ändern. Aber über Konto 0110.3000.02, Löhne und Entschädigungen Einwohnerrat, möchten wir für das Budget 2018 auf dem Weg geben, dass die Entschädigungen vom Präsident Einwohnerrat, aber auch vom Vizepräsident Einwohnerrat, überdenkt werden. Wir sind der Meinung, dass gegenüber früheren Zeiten der Präsident nicht mehr so viele Repräsentationsaufgaben wahrzunehmen hat. Die Entschädigung von CHF 2'000 respektive CHF 800 erachten wir mittlerweile als zu hoch. Ein Überdenken macht für eine neue Amtsperiode Sinn und soll nicht während einer laufenden Legislaturperiode geändert werden. Es handelt sich nicht um einen sehr grossen Betrag, doch wer den Rappen nicht ehrt ist des Frankens nicht wert. Ich stelle nun den Antrag: Konto 0110.3130.01, Legislative, Portokosten. Dieses Konto beinhaltet u.a. den Versand der Einwohnerratsunterlagen, aufgeteilt auf 40 Einwohnerräte und ca. 100 Interessenten aus der Gemeinde, welche die Unterlagen per A-Post erhalten. Eine genaue Summe des Versandes für die Interessenten ist nicht beziffert. Wir denken jedoch, dass Interessierte die Unterlagen direkt von der Homepage herunterladen können respektive man könnte die Aktenaufgabe beim Gemeindehaus besuchen. Wir sind der Meinung, dass der Druck und die Verarbeitungskosten wie Einpacken etc. und die Versandkosten eingespart werden können. Daher der Antrag: Das Konto 0110.3130.01 soll durch den Verzicht des Versandes der Einwohnerratsunterlagen an Interessenten aus der Bevölkerung reduziert werden. Ein genauer Betrag ist schwierig zu beziffern.

Daniela Graubner: Wie kommt man vom Budget 2016 von CHF 22'000 im Budget 2017 auf CHF 26'000? Warum dieser Anstieg?

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Als Vergleich kann man sicher die Rechnung 2015 beiziehen. Doch es kommt darauf an, wie viele Abstimmungen stattfinden.

Patrick Hehli: Es ist schwierig, denn die Arbeit wie Einpacken etc. würden sich verändern.

Christian Keller: Ich schlage vor, dass dieser Punkt nicht über das Budget gelöst wird, sondern dass Euer Antrag als Postulat eingereicht wird. Ich finde es eine sinnvolle Anregung. Der Papierkrieg in unserer Gemeinde ist immens, da könnten sicher Einsparungen gefunden werden. Es sollte angeregt werden, dass die Verwaltung grundsätzlich über die Bücher geht und überprüft, wo beim Versand Einsparungen möglich sind.

Patrick Hehli: Wir können doch darüber entscheiden, denn es hat schlussendlich Einfluss auf das Budget?

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Dieser Punkt wurde in der Arbeitsgruppe Finanzen diskutiert. Wir haben festgestellt, dass die Portokosten gesamthaff inkl. Einwohnerrat etwa CHF 1'500 betragen. Der Hauptkostentreiber ist die manuelle Arbeit. Die andere Seite ist, wir haben einen Einwohnerrat, wieviel und wie sollte die Bevölkerung in die politischen Prozesse einbezogen werden? Macht man das nicht, wird die Hürde für Interessierte höhergestellt. Ich verstehe das Anliegen, doch ich stehe auf der Seite von Christian. Ich glaube, es wäre sinnvoller, man macht eine Auslegeordnung und legt die Vor- und Nachteile fest, denn dies hätte schon Auswirkungen, welche ich nicht an den CHF 1'000 aufhängen möchte. Es würde dann generell geprüft, was man alles verschicken kann und was elektronisch möglich wäre.

Patrick Hehli: Wir ziehen den Antrag zurück.

Peter Martin, Präsident Finanzkommission: Konto 0211.3232.00, Abteilung Finanzen, Honorare ext. Berater, Gutachter, Fachexperte etc.: das Konto ist um CHF 2'000 zu reduzieren, von alt CHF 5'000 auf neu CHF 3'000. Aus Sicht der Finanzkommission, wenden wir den Begriff Opfersymmetrie an, dann sollen überall Einsparungen vorgenommen. Wir machen deshalb beliebt, bei den Verwaltungshonoraren eine Reduktion vorzunehmen.

Linus Egger, Gemeinderat: Bei der Abteilung Finanzen haben wir eine sehr dünne Personaldecke. Wir hatten beim Abschluss im letzten Jahr zum Beispiel, nachdem die BDO schon im Hause war, die Mehrwertsteuer überprüfen lassen. Dies beanspruchte etwa 2 ½ Tage. Wir möchten jedes Jahr ein Thema durch die BDO prüfen lassen. Das gibt uns mehr Sicherheit. Das kostet ca. CHF 5'000. Mit CHF 3'000 ist eine solche Tiefenprüfung nicht mehr möglich. Ich möchte beliebt machen, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 0211.3232.00, Abteilung Finanzen, Honorare ext. Berater, Gutachter, Fachexperten: Das Konto ist um CHF 2'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 18 Ja- zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

Daniel Meier: Konto 0212.3113.00, Abteilung Steuern, Anschaffung Hardware. Das Konto ist um CHF 1'000 zu reduzieren von alt CHF 3'000 auf neu CHF 2'000. In diesem Budgetposten ist ein zusätzlicher Monitor auf Vorrat enthalten. Wir möchten dies aus dem Budget streichen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bei dieser Position handelt es sich nicht um eine eigentliche Vorratsanschaffung, sondern es handelt sich um eine sogenannte Thin Client. Das ist ein Gerät, welches nur den Bildschirminhalt an den Arbeitsplatz bringt. Die Lieferfrist für solche

Geräte beträgt über eine Woche. Deshalb sollten wir ein solches Reservegerät zur Hand haben. Dieses kostet CHF 700 bis CHF 800 und ich möchte beliebt machen, dass wir die operative Arbeit nicht stören und ich bitte Sie, den Budgetbetrag zu belassen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 0212.3113.00, Abteilung Steuern, Anschaffung Hardware, das Konto ist um CHF 1'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 22 Ja- zu 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Ursula Haag: Es liegt ein Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen vor. Konto 0220.3099.00, Allgemeine Dienste, übrige. Verzicht auf Teamanlässe und Kaderausflug im Betrag von CHF 5'500.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir befinden uns in einem sensiblen Bereich, im Personalbereich. Wir haben bei der Gemeinde einen Teambildungsbeitrag eingeführt. Die Abteilungen bekommen einmal jährlich CHF 150.00 pro Person und sind so in der Lage, teambildende Anlässe zu organisieren. Wir haben ebenfalls einen einmaligen Kaderausflug pro Jahr, ebenfalls im Sinne eines Teamanlasses. Wie Sie aus eigener Erfahrungen aus der Privatindustrie wissen, sind solche Anlässe wichtig für eine Zusammenarbeit und Teambildung. Ich möchte Sie im Namen des Gemeinderates bitten, die Position nicht zu streichen.

Abstimmung

Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen: Konto 0220.3099.00, Allgemeine Dienste, übrige. Verzicht auf Teamanlässe und Kaderausflüge, Reduktion um CHF 5'500.

Dieser Antrag wird mit 17 Ja- zu 15 Nein-Stimmen angenommen.

Ursula Haag: Es liegt ein Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen vor. Konto 0221.3130.01, Gemeindeganzlei, Portokosten. Rücksendungen ins Wahlbüro nur noch mit B-Post. Der Betrag ist um CHF 1'500 zu kürzen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist die Meinung, dass die Auswirkung für die Stimmbürger zu gross werden. Die Rücksendung per B-Post dauert in aller Regel mindestens eine Woche. Wir rechnen damit, dass die Anzahl der zu spät eintreffenden Couverts beträchtlich steigen würde. Darum möchte ich beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen.

Erich Schmid: Ich möchte die Ablehnungshaltung des Gemeinderates unterstützen. Die Stimmbeteiligung in der Schweiz mit durchschnittlich 35 % ist nicht sehr hoch. Wird dies nun noch um eine weitere Reduktion provoziert mit zu spät eingetroffenen B-Post-Abstimmungs-couverts, dann empfinde ich dies nicht gerade als bestes Demokratie-Verständnis. Ich bin dafür, dass dieser Antrag abgelehnt wird.

Marcel Müller: Es gibt sicher Leute, welche das Abstimmungscouvert zurückschicken. Ich werfe mein Abstimmungscouvert in den Briefkasten beim Gemeindehaus. Man muss erwähnen, dass man die Rückantwortcouverts in den Gemeindehausbriefkasten werden kann. Das Gemeindehaus ist in der Gemeinde relativ zentral gelegen. Man hat ungefähr 3 Wochen Zeit um abzustimmen. Ich persönlich vertrete die Meinung, dass man das sehr gut mit B-Post machen kann. Bei einem ersten Mal mit B-Post wäre wohl ein Begleitschreiben sinnvoll um speziell darauf hinzuweisen, dass man auch bis zum Urnengang seine Stimmabgabe beim Gemeindehausbriefkasten erfolgen kann.

Abstimmung

Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen: Konto 0221.3130.01, Gemeindkanzlei, Portokosten. Rücksendungen ins Wahlbüro nur noch mit B-Post, Reduktion um CHF 1'500.

Dieser Antrag wird mit 17 Ja- zu 15 Nein-Stimmen angenommen.

Daniel Meier: Antrag der Finanzkommission: Konto 0290.3144.00, Verwaltungsliegenschaften übriges, Unterhalt Hochbauten. Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren auf neu CHF 69'400. Auf die Umrüstung der Schliessanlage im Technischen Zentrum soll verzichtet werden.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Konto 0290.3144.00, Verwaltungsliegenschaften übriges, Unterhalt Hochbauten. Das Konto ist um CHF 24'600 zu reduzieren. Der Streichungsantrag der Finanzkommission betrifft das neu geplante Büro für den neuen Leiter Baudienst. Bis anhin wurden die Arbeiten vom bisherigen Leiter im Homeoffice erledigt. Die Zeiten haben sich geändert, das soll man anerkennen. Die Finanzkommission anerkennt auch die ausserordentlich starken Sparbemühungen von den betroffenen Personen, welche sogar Bauteile bei anderen Liegenschaften zusammengesucht haben. Fairerweise muss man sagen, dass zum Betrag von CHF 24'600 noch Personalaufwand dazukommt, also Eigenleistungen. Wir sind der Meinung, dass in der heutigen Zeit eine gewisse Flexibilität und Mobilität bezüglich Arbeitsplatzeinrichtung möglich sein soll und dass irgendwo ein solch notwendiger Arbeitsplatz gefunden und eingerichtet werden und wo die Person tätig sein kann. Für uns ist dies ein Beispiel von Geld, das nicht so zwingend in dieser Form ausgegeben werden sollte. Im Bericht haben wir festgehalten, dass wir die Meinung vertreten, eine günstigere Variante zu suchen, die sicher auch gefunden werden kann.

Theo Flückiger: Wir sind nicht gleicher Meinung. Wir sehen, dass in der Finanzwelt durchaus mit Computer kommuniziert werden kann. Doch es gibt auch andere Arbeitsbereiche, wo dies nicht einfach möglich ist. Wir möchten den Antrag nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, dass wir Bemühungen sehen und dem Rechnung getragen werden sollte. Den Mitarbeitern sollen gute Arbeitsbedingungen gegeben werden.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Bei den jetzt geführten Diskussionen handelt es sich um das Büro des Leiters Baudienst. Ich möchte etwas zum ersten Antrag von Daniel Meier Schliessanlage beim Technischen Zentrum sagen. Die Schliessanlage vom Technischen Zentrum ist so alt wie die Schliessanlage des Gemeindehauses. Zum Teil funktionieren die Schlössel nicht mehr und es müssen neue Schlössel bestellt werden. Diese gibt es bald nicht mehr. Wir brauchen dringend die neue Schliessanlage, weil wir heute keine Kontrolle über die Schlössel haben. Man weiss nicht mehr, wo was ist. Darum halten wir bei der Schliessanlage an unserem Antrag fest. Wollen wir eine Kontrolle, dann muss umgestellt werden. Wir bitten Sie, den Streichungsantrag nicht zu unterstützen.

Franziska Grab, Vizeammann: Im Technischen Zentrum haben wir zwei Büroarbeitsplätze. Ein Büroarbeitsplatz wird von der Wasserversorgung genutzt und ist aus sicherheitstechnischen Gründen tabu für fremde Leute. Dieser Arbeitsplatz ist nur für das Personal der Wasserversorgung nutzbar. Der zweite Arbeitsplatz wird sowohl von der Wasserversorgung wie auch von Bau und Planung genutzt. Auch dieser Arbeitsplatz ist ausgelastet. Wir haben eine Abstellkammer, wo sich bis anhin das Büro des Baudienstleiters befunden hat. Sie sehen das auf diesem Foto. Es hat kein Fenster, keine Lüftung. Es gibt ein Arbeitsschutzgesetz mit klaren Vorgaben. Dies bestätigt, dass die bisherige Situation ein No-go ist. Gemäss dem Umbaukonzept des Architekten aus dem Jahr 2012 hätte das Büro CHF 60'000 gekostet. Wir haben festgestellt, nach Zusammenarbeit mit Abteilung Bau und Planung und Leiter Baudienst, dass diese Kosten zu hoch sind und es wurde nach einem anderen Weg gesucht. Wir wollen auf dem Galerieboden selber ein Büro einbauen. Das bedeutet, wir kaufen entsprechendes Material ein und wir haben Leute im Baudienst, die das nötige Fachwissen haben um das Büro selber zu bauen. Es

nützt nichts, wenn das Büro irgendwo nebenan oder bei der EGS eingemietet wird. Der Leiter Baudienst muss bei den Leuten vor Ort sein. Wir haben keine anderen Möglichkeiten, ein Büro einzurichten. Wir haben auch geprüft, ob es billiger wäre, einen Container zu mieten und das Büro dort einzurichten. Auch das zeigte sich als teurere Variante, als das von uns vorgelegte Projekt. Ihr würdet alle informiert, dass der Leiter Baudienst bereits Türen und Fenster ausbaute, damit es noch günstiger ausgeführt werden kann. Wir sprechen hier von Materialkosten, welche für ein Büro gebraucht werden. Das Büro kostet CHF 24'600 anstelle von CHF 60'000. Ich bitte Euch, diesen Antrag zu unterstützen, damit der Leiter Baudienst ein anständiges Büro erhält. Klar führte der vorgängige Leiter Baudienst diese Arbeiten zu Hause aus. Fairerweise muss man sagen, er hatte einen Notizblock und notierte am Sonntag seine Notizen. Am Montag ging er zum Sekretariat der Abteilung Bau und Planung und diese führten zum Beispiel die Bestellungen aus, etc. Der heutige Leiter Baudienst muss die Rapporte selber schreiben und selber Bestellungen ausführen.

Eugen Paul Frunz: Von wie vielen m² spricht man hier bei diesem Büro?

Franziska Grab, Vizeammann: Etwas über 20 m², es sind ungefähr 4 x 5 m. Das Mobiliar der Büroräumlichkeiten würde beibehalten.

Eugen Paul Frunz: Ich habe auch gewisse Abklärungen getroffen, u.a. auch über einen Container. Du hast vorhin erwähnt, dass die Miete eines Containers zu teuer wäre. Ich kenne die Mietpreise nicht, denn ich habe den Verkaufspreis geprüft. Diese betragen CHF 6'800, fabrikneu mit einer Fläche von 14.5 m², 2 Fenster und einer Türe, Heizung ebenfalls enthalten und in der Wunschfarbe lackiert. Das Gewicht beträgt 2.5 Tonnen. Im vorliegenden Antrag sprechen wir von CHF 26'000 gegenüber CHF 6'800.

Franziska Grab, Vizeammann: Ein solches Gewicht können wir nicht auf den Galerieboden stellen. Das ist zu schwer.

Eugen Paul Frunz: Es gibt eine Firma, welche Büros für Hallen baut. Die sind leicht und stapelbar. Eine solche Lösung wäre wohl auf der Galerie möglich. Ich finde den Betrag von CHF 26'000 extrem hoch.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 0290.3144.00 Abteilung Verwaltungsliegenschaften, Unterhalten Hochbauten. Das Konto ist um CHF 5'700 zu reduzieren (Schliessanlage Technisches Zentrum).

Dieser Antrag wird mit 23 Ja- zu 9 Nein-Stimmen angenommen.

Franziska Grab, Vizeammann: Ich komme auf das Gesagte von Eugen Paul Frunz zurück. Wenn dem so ist, dass der Container für diesen Preis realisierbar ist, dann sind wir gerne bereit, auch diese Option aufzunehmen. Ich möchte einfach beliebt machen, dass der Betrag im Budget belassen wird. Wir werden diesen Betrag sicher nicht voll ausschöpfen, wenn wir eine günstigere Variante finden und umsetzen können.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 0290.3144.00, Abteilung Verwaltungsliegenschaften, Unterhalten Hochbauten. Das Konto ist um CHF 24'600 zu reduzieren (neues Büro Leiter Baudienst).

Dieser Antrag wird mit 12 Ja- zu 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Ursula Haag: Seitens der Arbeitsgruppe Finanzen liegt ein Antrag zu Konten 1500.3010.01 bis 1500.3010.04 vor. Der Antrag verteilt sich auf verschiedene Konten.

Marcel Müller: Ursprünglich bestand die Meinung der Arbeitsgruppe Finanzen, dass bei der Feuerwehr die Funktionsentschädigung um CHF 5'000 gekürzt werden soll. Doch wurde dies nun korrigiert und wir gehen über 4 Konten und zwar 1500.3010.01, 1500.3010.02, 1500.3010.03 und 1500.3010.04. Die CHF 5'000 verteilen sich nun anteilmässig zum Budgetposten. Folgende Anträge: Konto 1500.3010.01, Feuerwehr, Löhne (nebenamtliches Personal): Der Betrag von CHF 9'900 sei um CHF 273 zu kürzen. Konto 1500.3010.02, Feuerwehr, Löhne (Fw / Funktionsentschädigungen): Der Betrag von CHF 40'940 sei um CHF 1'128 zu kürzen. Konto 1500.3010.03, Feuerwehr, Löhne (Fw / Sold und Taggelder): Der Betrag sei von CHF 111'688 um CHF 3'079 zu kürzen. Konto 1500.3010.04, Feuerwehr, Löhne (FW / Kurse und Dienstleistungen): Der Betrag sei von CHF 18'870 um CHF 520 zu kürzen.

Franziska Grab, Vizeammann: Ich bin etwas irritiert über den Antrag mit den verschiedenen Konten. Das sind gegensätzliche Konten. Die einen Konten beinhalten den Sold für durchgeführte Übungen. Hier besteht die Möglichkeit weniger Übungen durchzuführen und Kosten einzusparen. Eine Kürzung bei den Funktionsentschädigungen und nebenamtlichem Personal birgt die Gefahr, dass wir für solche Aufgaben niemanden mehr finden werden. Im Moment stehen wir bei der Feuerwehr im Dilemma, denn für die Kleiderausgabe und Abgabe für persönliches Material finden wir für eine solch kleine Entschädigung keine Person, welche gewillt ist, freiwillig 100 Stunden oder noch mehr zu investieren. Tatsache ist auch, dass die Funktionsentschädigung bei unserer Feuerwehr Obersiggenthal im Vergleich zu anderen Feuerwehren im unteren Mittel liegt. Die Feuerwehr sagt ganz klar, wenn wir für diese Aufgaben keine Leute mehr finden, so ist das ein Problem für den Gemeinderat. Der Gemeinderat muss sich dann auf die Suche begeben. Doch gratis werden wir niemanden finden. Dann werden wir wohl einen Stundenlohn von CHF 28.00 bezahlen müssen, um sicherzustellen, dass die Leute zu den Kleidern und zur persönlichen Ausrüstung kommen. Auch die Person, welche im nebenamtlichen Lohn als Materialwart angestellt ist mit Aufgaben wie Schläuche waschen, nach Übungen alles wieder einzuräumen etc., arbeitet im Moment auf Stundenbasis. Bei den meisten Feuerwehren rundum werden keine Pauschalentschädigungen mehr bezahlt, sondern die Zahlungen erfolgen auf Stundenbasis. Ich möchte beliebt machen, dass Sie die Streichungsanträge der Arbeitsgruppe Finanzen über die vier Konten ablehnen.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission wollte eigentlich einen noch grösseren Streichungsantrag unterbreiten. Ich bin mir bewusst, dass man mit solchen Anträgen keinen Beliebtheitspreis gewinnen kann. Doch das ist auch nicht die Aufgabe der Finanzkommission. Fakt ist aber, dass der Nettoaufwand Feuerwehr RJ 2015 mit CHF 262'000 im Budget 2016 mit CHF 282'000 budgetiert wurden. Auch im Budget 2017 liegen wir bei fast CHF 282'000. Wir liegen also rund CHF 20'000 höher als im RJ 2015. Aus finanzpolitischer Sicht ist es angebracht, auch dort nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Ich sollte die CHF 10'000 bei der Feuerwehr verteilen. Ich muss sagen, es war schwierig, denn als Laie stösst man an Grenzen und Schwierigkeiten. Ein sehr grosser Anteil bei der Feuerwehr macht die Funktionsentschädigung aus. Es werden immer noch Büroentschädigungen ausgerichtet, es gibt Sold, es gibt Funktionsentschädigungen etc. Ich denke, wenn die Feuerwehr die Einsicht hätte, den Sparauftrag stärker umzusetzen, dann wäre mindestens dem, was die Finanzkommission erreichen wollte, Rechnung getragen. Wir stellen in diesem Sinne keinen Antrag, doch es ist eine Aufforderung, selber aktiv zu werden. Das ist vielleicht einfacher, weitere Lösungen zu finden als etwas aufgezwungen zu bekommen. Doch es braucht ein gewisses Engagement, mindestens bei den Ressortvorstehern.

Franziska Grab, Vizeammann: Nach dem Druck der Vorlage sind wir auch nochmals über die Bücher gegangen. In der Zwischenzeit werden keine Hydranten-Kontrollen mehr durchgeführt, das wird inskünftig die Wasserversorgung alleine machen. Wir haben den Betrag von CHF 281'074 auf CHF 274'690 reduziert. Ich muss dazu sagen, dass Euch der Gemeinderat im

Dezember einen Antrag der Feuerwehr unterbreiten wird, damit in Zukunft Einsätze weiter verrechnet werden können. Es betrifft dies u.a. auch den Firstresponder, welcher dieses Jahr fast doppelt so hoch ist. Auch verschiedene andere Sachen von Einsätzen, welche die Versicherung rückvergütet. Es ist nicht so, dass der Private mit einem Keller, der unter Wasser steht, das selber bezahlen muss. Der Private kann das von der Versicherung zurückfordern, wenn die Feuerwehr eine Rechnung stellt. Daraus resultieren Mehreinnahmen von ca. CHF 10'000. Dies ist noch nicht im Budget 2017 eingerechnet, weil der Einwohnerrat zuerst darüber entscheiden muss, ob das Reglement der Feuerwehr angepasst wird, damit entsprechende Einsätze weiter verrechnet werden können.

Marcel Müller: Eine Verständigungsfrage: im Antrag der Finanzkommission haben wir bei der Feuerwehr CHF 281'000 Aufwand. Du sprichst nun von CHF 274'000. Ihr habt also um CHF 7'000 reduziert?

Franziska Grab, Vizeammann: Ja.

Ursula Haag: Ihr haltet an Eurem Antrag fest?

Marcel Müller: Ich kann nicht für die Arbeitsgruppe entscheiden. Ich bin nur der Meldeläufer.

Ursula Haag: Ich schlage vor, dass die vier Anträge gemeinsam behandelt werden.

Abstimmung

Antrag Arbeitsgruppe Finanzen: Konten 1500.3010.01 – 1500.3010.04, Feuerwehr. Wer den vier Kürzungsanträgen von CHF 5'000 zustimmen möchte, soll dies bezeugen durch Handhebung.

Dieser Antrag wird mit 3 Ja- zu 24 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Patrick Hehli: Hier zeigt sich nun genau die Patt-Situation, welche wir kennen. Ich persönlich begreife nicht, warum man nicht global von einem Konto abziehen kann. Wir von der SVP haben uns beim Kanton informiert. Der Gemeinderat kann uns vielleicht einmal aufzeigen, welche gesetzlichen Möglichkeiten bestehen. Wie sollte ein Einwohnerrat, nehmen wir das Beispiel Feuerwehr, Peter Marten, Präsident Finanzkommission hat es angedeutet, entscheiden und beurteilen können, wo gekürzt werden kann und wo nicht? Doch wenn man sagt, wie das die Finanzkommission plante, das Konto Feuerwehr um CHF 10'000 zu reduzieren, dann würde es Sinn machen, wenn der Spezialist bestimmen kann, ja hier sind Einsparungen möglich und machen Sinn, und hier nicht. Vielleicht könnte sich die Gemeindeammänner-Vereinigung stark machen und bewirken, dass inskünftig rechtlich solche Globalanträge gestellt werden könnten?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir nehmen Dein Votum entgegen und prüfen, was machbar ist.

Ursula Haag: Wir kommen nun zur Bildung. Hier nimmt Jacqueline Schmid, Präsidentin Schulpflege, Einsitz.

2 Bildung

Ursula Haag: Es liegt ein Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen vor. Es geht um Fachliteratur und Zeitschriften. Ich übergebe das Wort an Marcel Müller.

Marcel Müller: Wir haben hier die gleiche Situation wie bei der Feuerwehr. Ich kann mich nur meinem Vorredner Patrick anschliessen. Doch wir müssen nun diesen Weg gehen. Das Ziel der Arbeitsgruppe Finanzen war, den Posten Fachliteratur Zeitschriften um CHF 2'500 zu kürzen. Diejenigen, die es betrifft, sollten entscheiden, was ist sinnvoll und was nicht. Nun müssen wir auf Kontoebene einen entsprechenden Antrag stellen. Wir sind gleich vorgegangen wie bei der Feuerwehr. Wir haben den Budgetposten genommen und entsprechend umgerechnet, dass am Schluss CHF 2'500 gekürzt wurden. Offenbar geht es nur so, doch, wenn man etwas erreichen will, kann man nicht einfach resignieren und alles beim Alten belassen. Darum stellen wir nun 5 Anträge mit kleineren und grösseren Beträgen. Konto 2110.3103.00, Bildung, Abteilung Kindergarten, Fachliteratur, Zeitschriften. Der Betrag sei um CHF 54.00 zu kürzen.

Linus Egger, Gemeinderat: Der Gemeinderat und auch die Schule hat Euch eine Antwort gegeben. Die Schulleitung hat untersucht, welche Zeitschriften abonniert sind. Wir haben Literatur und Bücher für die Schüler, auch für die Schülerbibliothek Unterboden. Darin enthalten ist zusätzliches Lehrmaterial, welches für den Unterricht verwendet wird. Das Sparpotenzial, welches die Schulleitung eruierte, beträgt CHF 300. Ich glaube darin sind Positionen enthalten, welche für den Schulbetrieb und den heutigen Unterricht benötigt werden. Ich denke, wir beginnen am falschen Ort zu sparen, hier CHF 54 zu streichen, dort etwas etc. Die Schule hat alle Vorgaben eingehalten und alles durchgerechnet. Ich möchte Euch endlich bitten, etwas zu akzeptieren, was vorgelegt wird. Wir haben uns für die Erarbeitung des Budgets enorme Mühe gegeben. Zur Position Fachliteratur, Zeitschriften möchte ich Euch mitteilen, es liegt nicht in jedem Schulzimmer eine Tageszeitung etc. Es handelt sich um Fachliteratur, welche benötigt wird. Ich bitte den Einwohnerrat, die Anträge abzulehnen.

Daniel Jenni: Ich erinnere an die Folie, die Linus zu Beginn der Einwohnerratssitzung präsentierte. Wir liegen im kantonalen Vergleich bei der Bildung auf Platz Nr. 24. Wir geben für die Bildung sehr wenig aus. Vielleicht sollte man dort nicht sparen.

Erich Schmid: Ich schlage vor, über den Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen einmal abzustimmen, dann ist es durch.

Abstimmung

Antrag Arbeitsgruppe Finanzen: es geht um die Dienststellen 2110, 2120, 2130, 2190 und 2191, Konto 3103.00, Fachliteratur und Zeitschriften. Der Betrag von CHF 2'500 verteilt auf die 5 Konten ist zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 3 Ja- zu 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Daniela Graubner: Die Finanzkommission diskutierte beim Konto 2140.4231.00, Abteilung Musikschule, Kursgelder, den Beitrag von 50 % auf 70 % zu erhöhen. Der Gemeinderat hat den Vertrag bereits auf Ende 2017 gekündigt mit dem gleichen Ziel, die Anteile der Eltern zu erhöhen. Wir wollen den Gemeinderat in seinen aktuellen Verhandlungen nicht knebeln und die Ausarbeitung eines Leistungsauftrages mit der Musikschule Baden gefährden. Darum stellen wir den Antrag nicht. Wir legen dem Gemeinderat nahe, die 70 % anzustreben. Der von uns ausgerechnete Ertrag beträgt CHF 60'000. Der Vertrag mit der Musikschule Baden läuft noch bis August 2017, bis zu diesem Zeitpunkt sind wir gebunden. Ab August könnten die Beiträge erhöht werden. Dies würden die CHF 60'000 Ertrag ausmachen.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich versuchte zu Beginn darüber zu informieren, dass alle Gemeinden gleichbehandelt werden. Wir werden den Antrag stellen für flexible Elternbeiträge. Über die prozentuale Höhe hat der Gemeinderat nicht entschieden und nicht diskutiert. Zuerst geht es darum, den grundsätzlichen Antrag positiv an der Generalversammlung durchzubringen. Nachher kann über Prozente diskutiert werden.

Daniela Graubner: Die Finanzkommission stellt den Antrag, Konto 2180.3020.05, Abteilung Tagesbetreuung, Löhne Lehrkräfte (Randstundenbetreuung): das Konto ist um CHF 13'000 zu reduzieren von alt CHF 26'000 auf neu CHF 13'000. Wir sprechen uns für eine Beteiligung der Eltern an die Kosten der Randstundenbetreuung. Diese Beteiligung kann an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der erziehungsberechtigten Personen angeknüpft werden.

Linus Egger, Gemeinderat: Die Randstundenbetreuung ist ein Angebot der Schule und wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Blockzeiten eingeführt. Das war im Jahr 2007 ein Beschluss des Einwohnerrates. Damals wurde beschlossen, Blockzeiten einzuführen. Es wurde auch beschlossen, dass die Randstundenbetreuung Kosten bis CHF 30'000 verursachen darf und für die Eltern gratis ist. Wir sprechen hier vor allem von den 1.- und 2.-Klässlern. Wir haben uns in Obersiggenthal für einen Halbgruppenunterricht entschieden. Werden die Randstunden aufgehoben, dann heisst das, dass der Halbgruppenunterricht nicht mehr durchgeführt werden kann. Das wäre wirklich ein massiver Qualitätsverlust des Unterrichtes. Es kann doch nicht sein, dass hier im Einwohnerrat einfach mit einem Handstreich ein Entscheid des Einwohnerrates aus dem Jahr 2007 gestrichen wird, ohne vorher mit der Schulpflege, der Schulleitung und dem Gemeinderat Rücksprachen geführt zu haben. Es sollte doch vor einem Antrag ein Konsens gefunden werden, um dann ein entsprechend vorbereitetes Votum vorzutragen. Der hier vorgetragene Antrag über eine Teilfinanzierung ist nicht fertig überdacht worden. Was heisst, eine Teilfinanzierung? Das heisst, man muss den Eltern Rechnung stellen, man muss eine Debitorenbetriebswirtschaft führen. All das braucht Ressourcen. Ich weiss nicht, woher ich in der Abteilung Finanzen diese Ressourcen nehmen soll. Ich finde es ungeschickt, heute hierherzukommen und zu sagen, wir wollen die Hälfte der Kosten sparen ohne einen Vorschlag über die Abwicklung zu unterbreiten. Ich rechne Euch aus, was es kostet, eine Rechnung zu stellen. Unser Leiter Abteilung Finanzen wird mir das sicher ausrechnen können. Die Gefahr besteht, dass die Randstundenbetreuung aufgelöst wird, dann gibt es kein Halbgruppenunterricht mehr, weil wir andere Blockzeiten hätten. Ich möchte diesen Qualitätsverlust in keinem Fall unterstützen. Ich möchte das Wort Jacqueline Schmid weitergeben.

Jacqueline Schmid, Präsidentin Schulpflege: Es hat mich befremdet, dass der Antrag gestellt wurde. Die Arbeitsgruppe Finanzen hatte uns im Sommer auf diese Thematik angesprochen. Unser Schulleiter führte intensive Gespräche mit der Arbeitsgruppe Finanzen. Wir hatten auch eine schriftliche Stellungnahme dazu abgegeben. Die Randstundenbetreuung ist ein Teil der Blockzeiten. Die Blockzeiten wurden vor 10 Jahren hier im Einwohnerrat einstimmig angenommen. Ich möchte einfach sagen, wenn das wegfällt und die Eltern einen Beitrag leisten müssten, dann hätte Obersiggenthal keine Blockzeiten mehr. Der Kreis geht weiter, denn die Tagesstruktur hat ihr ganzes Konzept auf unseren Blockzeiten aufgebaut. Müssten wir die Blockzeiten alleine mit dem Unterricht anbieten, dann wäre es, dass die 1.-Klässler 20 Lektionen haben pro Woche. Sie können selber ausrechnen 5 Morgen à 4 Stunden. Das bedeutet, ein 1.-Klässler wäre jeden Morgen in der Schule und hätte jeden Nachmittag frei. Ob das für die Eltern interessant ist, weiss ich nicht. Für Kinder in der 1. Klasse ist es aus pädagogischer Sicht unmöglich, sich 4 Stunden am Morgen zu konzentrieren. Deshalb wurden die Randstunden kreiert. In den Randstunden wird mit den Kindern vor allem gesungen, gespielt; die Kinder können Aufgaben machen und sie können sich bewegen. Für 1.- und 2.-Klässler ist das wirklich sehr wichtig um nachher wieder aufnahmefähig zu sein. Ich möchte Ihnen wirklich ans Herz legen, den Antrag abzulehnen. Ich würde es sehr schade finden, denn es wäre für die Entwicklung der Kinder eine Einbusse, sollten die Randstunden wegfallen. Wir sind eine Gemeinde, welche die Randstundenbetreuung günstig anbietet. Viele Gemeinde bieten das mit Doppel-Teaching und Lehrpersonen an. Dies macht ein Vielfaches der Kosten aus im Vergleich zu unserer Gemeinde. Wir bieten die Randstundenbetreuung extra durch Frauen an, welche sich in ihrer Freizeit für einen kleinen Betrag den Kindern in der Randstundenbetreuung widmen. Es ist ein gut besuchter Morgen. Wir haben zum Teil bis zu 14 Kinder, die in die Randstundenbetreuung kommen. Es ist ein grosses Anliegen der Schule, die Randstundenbetreuung zu haben und ich bin dankbar, dass ich hier unser Anliegen vertreten durfte. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Jacqueline Magni: Ich kenne den Begriff Halbklasser und weiss wie das funktioniert. Doch bei der Betreuung der Randstunden durch Frauen, die sich mit den Kindern mit Spielen und Singen beschäftigen, sehe ich nicht, was das eine mit dem anderen zu tun hat.

Jacqueline Schmid, Präsidentin Schulpflege: Es gibt die Randstunden, damit Halbklassen geführt werden können. Ein 1.-Klässler hat am Morgen von 08.00 Uhr bis 11.00 Uhr oder von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr Unterricht. Dadurch, dass hier im Einwohnerrat vor 10 Jahren den Blockzeiten von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr zugestimmt wurde, bedeutet das, wir brauchen 1 Stunde Betreuung für die Kinder. Jetzt gibt es verschiedene Varianten. Du kannst für die Betreuung Lehrpersonen beiziehen, welche in dieser Zeit zum Beispiel Aufgaben machen, das ist eine teure Variante. Oder wir stellen Frauen oder Männer an, welche die Kinder nur betreuen zum Beispiel mit Spielen oder Aufgabenhilfe. Die Eltern haben die Möglichkeit, ihr Kind für die Randstundenbetreuung anzumelden und die Eltern wissen, das Kind wird von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr betreut. So funktionieren die Halbklassen und für einen 1.-Klässler sind es nur 3 Stunden Block, denn mehr als 3 Stunden kann ein Kind in diesem Alter noch nicht aufnehmen. Doch der Block von 4 Stunden ist gegeben. Darin ist 1 Stunde mit spielerischer Betreuungsstunde enthalten.

Patrick Hehli: Grundsätzlich bin ich auch nicht dafür, dass hier etwas geändert wird, obwohl ich das Gefühl habe, wir geben zu viel für die Kinderfremdbetreuung aus. Wir haben hier vor 10 Jahren die Entscheidung für Blockzeiten getroffen. Aber eine Entscheidung kann immer wieder überdenkt werden. Blockzeiten können auch variieren oder die Zeiten angepasst werden. Fislisbach hat zum Beispiel Blockzeiten von 09.00 Uhr bis 11.00 Uhr. Das müsste fairerweise erwähnt werden. Es müssen alle Fakten auf den Tisch gelegt werden und nicht nur diejenigen, die der Schulseite dienen. Doch Ihr habt aber meine Unterstützung.

Marcel Müller: Verstehe ich das richtig, dass die Randstundenbetreuung für eine gewisse Anzahl Kinder und nicht für alle ist?

Jacqueline Schmid, Präsidentin Schulpflege: Ja, für diejenigen Kinder/Eltern, die das wünschen. Wenn die Kinder angemeldet werden, dann sind sie für das ganze Jahr verpflichtet.

Marcel Müller: Die Eltern, die ihre Kinder zur Randstundenbetreuung schicken, haben wohl einen Grund, ich nehme an, die Eltern sind berufstätig. Vorhin haben wir von Peter Marten, Präsident Finanzkommission gehört, wir kennen auch das sogenannte Verursacherprinzip. Wir sprechen doch von CHF 26'000. Es gibt Leute, die nehmen das Angebot in Anspruch. Aber es gibt auch Eltern und Leute, welche dieses Angebot nicht nutzen. Jetzt kommen wir auf das Verursacherprinzip zu sprechen. Vielleicht müssen wir einmal grundsätzlich über das Verursacherprinzip diskutieren. Ich bin der Meinung, wenn jemand einen Dienst in Anspruch nimmt, so soll er auch dafür bezahlen. Ich nehme an, es handelt sich bei jenen Eltern vor allem um Doppelverdiener. Nichts ist gratis. Und so wie unsere Gemeinde finanziell dasteht, können wir uns solche Gratisdienstleistungen und Gratisangebote, wie bis anhin, nicht mehr leisten. Ich werde deshalb den Antrag unterstützen. Eltern und Leute, die das nutzen, sollen bezahlen. Wir haben immer noch die Möglichkeit, Härtefallklauseln zu formulieren, damit Eltern mit bescheidenem Einkommen gemäss Steuerdaten etc., trotzdem ihr Kind in die Randstundenbetreuung schicken können. Es ist falsch, dass gutverdienende Personen ihr Kind gratis in die Randstundenbetreuung schicken können.

Daniela Graubner: Ich kenne das Protokoll des Einwohnerrates vom Jahr 2006 über die Abstimmung betreffend Blockzeiten. Die SVP hatte damals einen Antrag um eine Kostenbeteiligung gestellt. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit dem Hinweis, man will das Projekt 5 Jahre laufen lassen. Die 5 Jahre sind längstens vorbei. Man kann durchaus über eine Änderung diskutieren.

Erich Schmid: Ich verstehe die Argumente von Linus Egger und meiner Frau besser als die anderen. Ich persönlich habe ein grundsätzliches Problem mit dem Antrag. Wir haben einen Be-

richt der Finanzkommission erhalten mit verschiedenen Anträgen. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass gewisse Punkte noch überprüft werden. Doch jetzt werden wir an einer Einwohnerratssitzung mit solchen Anträgen der Finanzkommission bombardiert. Daniel Meier stellte schon einen Antrag in der Position 01110. Jetzt liegt der 2. Antrag auf dem Tisch. Die Musikschule wurde von Daniela angesprochen, doch es erfolgte kein Antrag. Es ging dort immerhin um CHF 60'000. Ich habe mit dem Vorgehen der Finanzkommission Mühe. Ich finde, solche Punkte müssten vorbesprochen werden. Wenn ich solche Anträge höre, wie mit dem konkreten Beispiel Löhne Randstundenbetreuung, dann muss ich sagen, der Antrag wurde nicht durchdacht. Wir konnten den Antrag in den Fraktionen nicht diskutieren. Mit diesem Vorgehen fehlt eine grundlegende Diskussionsbasis und ich lehne ein solches Vorgehen aus Prinzip ab. Mit solchen Überraschungsanträgen kann ich mir keine Meinung bilden. Es ist übrigens auch so, die SVP jammert, ihre Anträge werden oft abgelehnt. Ein Grund dafür ist sicher der, weil ihr mit überraschenden Anträgen kommt. Dies konnten vorher nicht in den Fraktionen diskutiert werden. Vielleicht wäre das ein Punkt, welcher an einer Fraktionspräsidentenkonferenz grundsätzlich diskutiert werden sollte. Mit dem Vorgehen der Finanzkommission habe ich Mühe. Ich möchte daran erinnern, die Finanzkommission ist eine einwohnerrätliche Kommission. Sie wurde durch uns gewählt und wurden im Auftrag von uns eingesetzt. Die Finanzkommission überrascht die Chefetage in solchen Diskussionen mit solchen Anträgen. Das finde ich schlecht. Der Antrag der Finanzkommission ist nicht klar durchdacht. Es ist nicht klar, sind CHF 13'000, welche wirklich gespart werden, oder sind es nur CHF 300 oder CHF 400, ich übertreibe plakativ, wie man auf der Inkassostellenseite und organisatorisch mehr Probleme bekommt. Ich lehne den Antrag ab. Ich bin gerne bereit, Entscheidungen aus dem Jahre 2006 neu zu diskutieren, aber bitte vorbereitet. Ich gebe Patrick und Daniela Recht, die 5 Jahre sind verstrichen. Man kann es neu überprüfen.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Ich danke Dir Erich für Deinen Input, mache aber auf unseren Bericht auf Seite 3, erster Punkt aufmerksam. Dort steht, die Mehrheit der Finanzkommission wünscht eine Kostenbeteiligung oder eine grössere Kostenbeteiligung bei den Kursgeldern für die Musikschule, Randstundenbetreuung und den Mittagstisch. Ich glaube, von der Denkleistung her wäre es möglich gewesen, abschätzen zu können, dass heute noch etwas betr. Kostenbeteiligung folgen wird. So wie es Dir heute ergangen ist, ist es mir an der letzten Einwohnerratssitzung ergangen mit den diversen Inputs von Eurer Fraktion zum Holzschnitzelvertrag. Diese Eingaben erfolgten, ohne dass vorgängig in den Fraktionen darüber diskutiert werden konnte. Ich hätte mir damals sogleich ein Bild darübermachen sollen und habe mir deshalb erlaubt, mich meiner Stimme bei der Abstimmung zu enthalten. Dies wurde seitens des Gemeinderates nach der Einwohnerratssitzung bei einem Bier bemängelt. – Nun zurück zum Thema Randstundenbetreuung. Ich bin ein Direktbetroffener. Ich stelle deshalb die Frage: darf ich überhaupt abstimmen? Unser Sohn besucht die Randstundenbetreuung. Und ja, wir sind Doppelverdiener. Und ja, wir bezahlen auch entsprechend Steuern. Wir nutzen diese Dienstleistung und ich kann diese Dienstleistung auch bezahlen. Doch im Grundsatz wurde beschlossen, die Blockzeiten einzuführen. Hätte man die Randstundenbetreuung nicht, dann wäre meine erste Amtshandlung ein Schreiben an Jacqueline Schmid. Doch ich will hier keine fachliche Diskussion führen. Das Hauptthema für mich, darf ich stimmen oder muss ich in den Ausstand treten, weil ich direktbetroffen bin?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Dann müsstest Du bei vielen Sachen in den Ausstand. Damals hatten wir die Blockzeiten als Standortqualität definiert. Wir sagten, es habe nichts mit Kinderbetreuung und Tagesstrukturen oder all dem, was wir jetzt im Goldiland umsetzen wollen, zu tun. Wir haben ganz klar gesagt, dass die Randstundenbetreuung auch normalen Familien zur Verfügung stehen soll, d.h. wo auch eine Mutter zu Hause ist. Auch Frauen, welche zu Hause sind, haben es nicht ungern, wenn man weiss, das Kind ist von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr in der Schule. Vor 25 Jahren schrieb ich eine Kolumne darüber: ein Kind geht um 08.00 Uhr, das andere geht um 09.00 Uhr; das erste Kind kommt bereits wieder um 10.00 Uhr nach Hause. Weder Mutter noch Kind wissen, wer wann geht und kommt.

Daniela Graubner: Ich möchte auf Erich zurückkommen, was den Budgetprozess betrifft. Wir hatten in der Finanzkommission extrem kurz Zeit, das Budget durchzuarbeiten. Wir haben Anträge verfasst, wir haben Sitzungen mit dem Gemeinderat geführt. Doch in vielem war es uns nicht möglich, ganz in die Tiefe zu gehen. Wir haben auf den Bericht der Arbeitsgruppe Finanzen warten müssen um zu sehen, welche Resultate und Anträge diese vorlegen. Dann haben wir uns erneut zusammengesetzt und Anträge verfasst. Ich habe vier kleine Kinder und ich hatte in den letzten 2 Monaten insgesamt 7 Sitzungen. Die Finanzkommission leistet saubere Arbeit und normalerweise werden Anträge im Vorherein unterbreitet. Doch dieses Mal war es uns rein zeitlich nicht möglich.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Hier noch etwas Buchhalterisches. Wir führen das Bruttoprinzip. Wenn ich das richtig verstehe, ungeachtet, wie das Abstimmungsresultat lauten wird, wollt Ihr Einnahmen. Dementsprechend müsste über ein Einnahmenkonto beschlossen werden und nicht über Kürzung von Löhnen. Es müsste das Konto 2180.4260.00, als Einnahmenkonto mit CHF 13'000 eingefügt werden.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 2180.4260.00, Tagesbetreuung, Neu soll das Einnahmekonto mit CHF 13'000 budgetiert werden.

Dieser Antrag wird mit 3 Ja- zu 26 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Patrick Hehli: Konto 2191.3132.00, Honorare, externe Berater, Gutachter, Fachexperten. Das Konto 2191.3132.00 beinhaltet u.a. externe Berater für das Einsetzen für Dolmetscher an den Schulen, bei Gesprächen mit der Schule oder Schulpflege. Wir sind der Meinung, dass diese Kosten nach dem Verursacherprinzip abgerechnet werden sollen. In anderen Ländern muss ich selber dafür besorgt sein, dass ich mich mit bei Ämtern verständigen kann. Auch beim Friedensrichter müssen die Klienten den Dolmetscher selber bezahlen. Daher unser Antrag: auf dem Konto 2191.3132.00, Abteilung Volksschule Sonstiges, Honorare externe Berater, Gutachter Fachexperten, ist der Betrag von CHF 7'500 ersatzlos zu streichen.

Daniela Graubner: Die Finanzkommission stellt einmal mehr einen Antrag im Konto 2191.3113.00, Abteilung Volksschule Sonstiges, Anschaffung Hardware: Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren von alt CHF 47'600 auf neu CHF 42'600. Die Schule Obersiggenthal hat ein Informatikkonzept basierend auf 2003/2005 ausgearbeitet. Wir sind der Meinung, dieser Betrag kann um CHF 5'000 reduziert werden.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich sage zuerst etwas zu den Dolmetschern. Werden Eltern zu einem Gespräch mit den Lehrern eingeladen, dann wird ein Dolmetscher für eine Übersetzung beigezogen um sicher zu sein, dass alles seitens der Eltern verstanden wird. Machen wir das nicht, dann kommt ein naher Verwandter der Eltern und agiert als Dolmetscher. Die Problematik dabei besteht darin, dass er nur das übersetzt, was er übersetzen will und nicht unbedingt das, was die Lehrperson will. Wir haben das ausführlich in der Arbeitsgruppe Finanzen diskutiert, die entsprechenden Begründungen sind vorgelegen. Ich bitte Euch, den Antrag abzulehnen. Die Schule und vor allem die Lehrpersonen sind darauf angewiesen, dass sie sich mit jemanden unterhalten können, der ihre Sprache spricht. Die Schule schafft jedes Jahre Hardware für CHF 45'000 an. Der Einwohnerrat hat schon einige Male eine Etappierung von Geschäften verlangt. Die Schule macht diese Etappierung und die PC werden alle 5 Jahre ersetzt. Dies war ein Wunsch des Einwohnerrates. Die Schule braucht die Hardware. Eine EDV-Anlage wird normalerweise in der Finanzbuchhaltung nach 3 Jahren abgeschrieben. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

Marion Möllerke: Hier zu sparen wäre wirklich am falschen Ort. Bei den Bezirksschulen werden die Abschlussprüfungen abgeschafft. Dafür werden Checks gemacht. Die Checks werden

am Computer erstellt und auch ausgewertet. Wir sind auf die Computer dringend angewiesen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 2191.3113.00, Abteilung Volksschule Sonstiges – Anschaffung Hardware: Das Konto ist um CHF 5'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 11 Ja- zu 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag SVP: Konto 2191.3132.00, Abteilung Volksschule Sonstiges, Honorare externe Berater, Gutachter Fachpersonen: Auf dem Konto 2191.3132.00 ist der Betrag von CHF 7'500 ersatzlos zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 8 Ja- zu 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Patrick Hehli: Konto 3210.3632.00, Bibliotheken. Sie sehen etwas weiter unten im Budget das Konto 3211, Gemeindebibliothek mit einem Betrag von CHF 104'610. Meine Kinder loben in grossen Tönen unsere Dorfbibliothek, welche sich ständig weiterentwickelt. Ich habe mir sagen lassen, dass viele nur noch in die Dorfbibliothek gehen, weil unsere eigene Bibliothek so gut ausgestattet ist. Warum also nicht sparen und unsere Bibliothek stärken mit einem stolzen Betrag, wenn wir den Beitrag an die Stadtbibliothek Baden um CHF 10'000 kürzen? Im Übrigen konnten wir feststellen, dass aus unserer Gemeinde bei der Stadtbibliothek nicht einmal 100 Abonnenten aus Obersiggenthal registriert sind. Deshalb unser Antrag: Konto 3210.3632.00, Beitrag Bibliothek Stadt Baden ist um CHF 10'000 auf den Betrag von CHF 10'000 zu kürzen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben bereits im letzten Jahr dieses Thema behandelt. Letztes Jahr wurde der Beitrag bereits um CHF 10'000 gekürzt. Letztes Jahr haben wir auch gesagt, dass die Bibliothek in Baden, insbesondere für Erwachsene und Studierende, wichtiger ist, weil dort das Angebot grösser ist als wir es hier in Obersiggenthal haben. Ich habe leider die Zahlen nicht zur Hand, wie viele Einwohner von Obersiggenthal in der Bibliothek in Baden auftreten. Ich denke, es sind mehr als 100. Ich kann Euch sagen, die Stadtbibliothek Baden tut sich schwer daran, dass wir CHF 10'000 weniger bezahlen. Ich möchte beliebt machen, da doch diverse Leute unserer Gemeinde auf die Stadtbibliothek Baden angewiesen sind, den Beitrag zu belassen.

Eugen Paul Frunz: Was passiert, wenn wir CHF 10'000 weniger bezahlen, dürfen wir dann keine Bücher mehr ausleihen oder zahlen wir einen höheren Beitrag, wenn wir ein Buch holen? Oder heisst es dann, Einwohner von Obersiggenthal bekommen kein Buch?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bis jetzt hatte die Stadtbibliothek einen Einheitspreis. Sie haben trotz unserer Kürzung von CHF 10'000 am Einheitspreis festgehalten. Wie es wäre, wenn wir noch weniger bezahlen, kann ich nicht beurteilen.

Patrick Hehli: Der Antrag lautet nicht, gar nichts mehr an die Stadtbibliothek Baden zu bezahlen, der Antrag lautet auf CHF 10'000 weniger.

Urs Müller: Ich möchte das Votum vom Gemeindeammann unterstützen. Ich bin einer der 100, ich glaube es sind etwa 400 aus unserer Gemeinde. Ich finde, wir haben hier in Obersiggenthal eine gute Bibliothek. Doch die Stadtbibliothek Baden bietet ein ganz anderes Angebot an, auch online. Das können wir hier in Obersiggenthal nicht bieten. In Baden hat es ganze Säle von Kantonsschülern, welche dort ihre Recherchen machen. Das ist ein kleiner

Beitrag an eine Zentrumsgemeinde, an eine Zentrumsaufgabe. Da sollten wir nicht schon wieder Streichungen vornehmen.

Marcel Müller: Wir sind wieder beim Thema Nice-to-Have und Must-Have. Es ist immer das gleiche. Liebgewonnenes, Vertrautes, man konnte es sich leisten, man musste nicht darüber sprechen. Dies sind nun Punkte, die wir beeinflussen können. Wir können einen Beitrag um CHF 10'000 kürzen, auch wenn es 400 Leute oder mehr betrifft. Unsere Gemeinde hat 8'500 Einwohner, 4 %, 5 % oder 6 % der Bevölkerung benutzen die Stadtbibliothek in Baden. Sagt die Stadtbibliothek, weil wir nicht mehr zahlen oder weniger zahlen, dann müssen die Auswärtigen mehr bezahlen? Dann sind wir beim Verursacherprinzip. Ich bin persönlich sehr der Meinung, dass wir mehr auf das Verursacherprinzip setzen müssen, denn die Zeit, wo alles jedem bezahlt und subventioniert wird, ist vorbei. Wenn nichts verändert wird, dann sind wir immer gleich weit. Peter Marten kann jedes Jahr das gleiche erzählen.

Christine Brüesch: Ich höre immer wieder Verursacherprinzip. Das könnte man bei ganz vielen Sachen sagen. Zum Beispiel auch beim Strassenbau, bei der Feuerwehr. Es sind einfach ausgewählte Themen, bei welchen das Verursacherprinzip plötzlich wichtig ist. Es geht um Dolmetscher, weil es um ausländische Eltern geht. Dann geht es um eine Entsolidarisierung von Leuten, welche sich bilden möchten. Ich spüre eine gewisse Gewichtung bei der Auswahl des Schlagwortes Verursacherprinzip.

Erich Schmid: Wir haben letztes Jahr den Beitrag an die Stadtbibliothek Baden gekürzt. Dieser Entscheid war für die Stadtbibliothek nicht einfach. Kürzen wir dieses Jahr weitere CHF 10'000 und nächstes Jahr nochmals, dann zahlen wir keinen Beitrag mehr. Aus diesem Grund sehe ich, dass wir bei den CHF 20'000 bleiben sollten. Grundsätzlich zum Verursacherprinzip möchte ich etwas sagen Marcel. Du sprichst Subventionen an. Das sind nicht Subventionen, das ist Solidarität und das ist ein wesentlicher Unterschied. Ich bin in der Strombranche tätig und ich weiss, was Subventionen sind.

Abstimmung

Antrag SVP: Konto 3210.3632.00 Abteilung Bibliotheken, Beitrag Bibliothek Baden: Das Konto ist um CHF 10'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 10 Ja- zu 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ursula Haag: Wir haben einen Antrag der Arbeitsgruppen Finanzen. Konto 3290.3170.13, Abteilung Kultur übriges. Der Betrag von CHF 8'000 sei zu streichen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat von sich aus in Anlehnung des Verbrauches bereits um CHF 1'000 gestrichen. Doch wir sind der Meinung, dass die Tradition der Bundesfeier nicht einfach über den Haufen geworfen werden soll. Wir sind nach wie vor Schweizer und dem dürfen wir auch Rechnung tragen. Ich möchte daran erinnern, dass bis vor 3 oder 4 Jahren die Feier auf dem Böndler stattfand und das Doppelte kostete. Wir konnten also die Hälfte der Kosten einsparen dank dem Brunch am Morgen. Ich erinnere daran, der Brunch wird sehr gut besucht und ist eine beliebte Tradition. Der Gemeinderat möchte daran festhalten. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Theo Flückiger: Konto 3290.3636.03, Abteilung Kultur, übriges, Beiträge an private Organisationen (Kulturszene). Wir haben heute sehr viele Leistungen abgebaut. Wir sprechen immer vom Sparen. Sparen bedeutet, Geld auf die Seite zu legen für schlechte Zeiten. Was wir aber machen ist Leistungsabbau. Wir reduzieren unser Angebot. Wir haben von der Arbeitsgruppe Finanzen ein sehr grosser Betrag von CHF 27'000 als Antrag gestrichen. Der Gemeinderat hat das aufgenommen und bereits im Budget berücksichtigt. Wir von der Fraktion SP/Grüne sind

darüber sehr unglücklich. Wir wollen das Budget wieder erhöhen, denn wir sind nicht einverstanden, wie das läuft. Wir haben die Zuversicht verloren, dass es sich um temporäre Massnahmen handelt, bei denen es nur darum geht, das zurzeit vorhandene Loch zu stopfen. Wir sind der Meinung, es geht gewissen Leuten im Rat darum, dass solche Sachen schlussendlich ganz bewusst abgeschafft werden. Wir haben es vorhin bei der Stadtbibliothek gehört, es geht um schrittweises Abbauen. Wir haben in unserer Gemeinde ein wertvolles Kulturangebot, es geht um Bildung, Kultur und Soziales. Heute wurde sehr vieles abgebaut. Das kleine vorhandene Angebot soll nochmals massiv gekürzt werden. Irgendwann sind wir eine Schlafstadt. Ich schlafe gern in Nussbaumen, doch ich möchte auch gerne am Tag noch Angebote bekommen. Wir haben schlussendlich fast alles nach Baden delegiert. Wir gehen dort ins Kino, ins Theater. Machen wir so weiter, so haben wir bald nichts mehr in unserer Gemeinde, was uns als Gemeinde auszeichnet. Wir reden immer wieder von Standortattraktivität. Was zeichnet unsere Gemeinde aus? Es ist sicher nicht nur der immer wieder erwähnte Steuerfuss. Es ist auch unser Angebot und das wurde definitiv in diesem Paket zu viel abgebaut. Wir möchten diesem Trend entgegenwirken. Bauen wir Leistungen weiterhin ab, dann sind wir nur noch ein Vorort von Baden und das führt dazu, dass wir dann wirklich fusionieren können. In diesem Sinne stellen wir den Antrag: die Streichung des vom Gemeinderat genehmigten Betrages von CHF 27'000 ist rückgängig zu machen. Der Betrag soll im Budget wieder aufgenommen werden. Budget total in dieser Position CHF 42'000.

Franziska Grab, Vizeammann: Ein Hinweis zur Bundesfeier. Die Bundesfeier ist zurzeit der letzte gesellschaftliche Anlass in unserer Gemeinde. Der Neujahrsapéro gibt es nicht mehr. Ich bitte einfach darum, die Bundesfeier nicht zu streichen. Sonst hätte die Gemeinde Obersiggenthal keinen gesellschaftlichen Anlass mehr für die Bevölkerung.

André Kummer: Wir geben so viel Geld für Integration etc. aus. Ich glaube, dass wir als Eidgenossen das Recht haben, den 1. August weiterhin zu feiern.

Abstimmung

Antrag Arbeitsgruppe Finanzen: Konto 3290.3170.13, Abteilung Kultur übriges, Bundesfeier: die Bundesfeier ist abzuschaffen und das Konto um CHF 8'000 zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 7 Ja- zu 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag SP/Grüne: Konto 3290.3636.03, Abteilung Kultur übriges, Beiträge an private Organisationen (Kulturszene): Die Streichung des vom Gemeinderat genehmigten Betrages von CHF 27'000 ist rückgängig zu machen.

Dieser Antrag wird mit 10 Ja- zu 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission stellt den Antrag, das Konto 3291.3010.01, Abteilung Gemeindesaal, Löhne nebenamtliches Personal, um CHF 3'000 zu reduzieren. Mit Blick auf die rund 1/3 tiefer erwartenden Erträge für die Benützung des Gemeindesaals, müssten auch die Aufwendungen des nebenamtlichen Personals entsprechend tiefer sein als im 2016.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bei dem nebenamtlichen Personal handelt es sich um Personal, welches hauptsächlich die Büros im alten Gemeindehaus, also auf der Stirnseite Richtung Landstrasse, und sonstige Räumlichkeiten, welche die Gemeinde sonst noch nutzt, reinigen. Werden nun die Gemeindegänge um einen 1/3 reduziert, dann betrifft dies 5 bis 6 Anlässe pro Jahr. Das entspricht in etwa dem Aufwand des nebenamtlichen Personals von CHF 1'000. Ich möchte beliebt machen, dass nicht CHF 3'000 gestrichen werden, sondern max. CHF 1'000. Wir sprechen vom nebenamtlichen Personal und nicht von den Hauswarten.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Dann besteht praktisch der Umkehrschluss, dass man für CHF 1'000 Mehraufwand CHF 10'000 mehr Ertrag budgetieren könnte.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es geht um Angebot und Nachfrage.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Ich suche auch nach Ertragsquellen. Daran habe ich hier gar nicht gedacht.

Ursula Haag: Die Finanzkommission bleibt bei ihrem Antrag mit Reduktion von CHF 3'000? Ist das richtig?

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Ja.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 3291.3010.01, Abteilung Gemeindsaal, Löhne (nebenamtliches Personal): das Konto ist um CHF 3'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 18 Ja- zu 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission stellt den Antrag, das Konto 3410.3144.00, Abteilung Sport, Unterhalt Hochbauten, sei um CHF 5'200 zu reduzieren mit Verzicht auf Anbringung eines Abdeckblechs beim Treppenaufgang Notausgang bei der Nordseite. Die Finanzkommission weiss, dass dieses Problem seit dem Bau der Sporthalle besteht, also seit rund 10 Jahren. Wir sind der Meinung, dass es bei der Sporthalle verschiedene Möglichkeiten gibt, raufzuklettern und dass dann etwas passieren könnte.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wir haben diesen Punkt tatsächlich aus Sicherheitsgründen ins Budget aufgenommen, weil offensichtlich vermehrt Kinder auf dieser Mauer sitzen. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, es ist bis jetzt nichts passiert. Doch wenn man darauf aufmerksam gemacht wurde, dass ein Sicherheitsproblem besteht, dann geht es um eine Werkeigentümerhaftung und man muss man die Tatsache akzeptieren und die Situation in Ordnung bringen. Wir sind der Meinung, dies sollte nun aus Sicherheitsgründen gemacht werden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Daniela Graubner: Die Finanzkommission stellt den Antrag, das Konto 3410.3170.02, Abteilung Sport, Veranstaltungen / Projekte, sei um CHF 4'000 zu reduzieren von alt CHF 5'000 auf neu CHF 1'000. Wir führen in Obersiggenthal Sportlerehrungen durch mit dem Ziel, dass den Sportlern ein bleibendes Geschenk übergeben wird. Wir finden es angebracht, auf diesen Anlass künftig zu verzichten.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Der Gemeinderat stellt fest, dass die Sportlerehrung ein liebgewordener Anlass geworden ist. Natürlich kann man darüber diskutieren, diesen Anlass zu streichen. Doch ich möchte Sie bitten, sollten wir den Anlass im nächsten Jahr noch durchführen dürfen, an dieser Ehrung teilzunehmen um zu sehen, wer da überhaupt geehrt wird. Wir haben keine Giulia Steingruber, keinen Cancellara, doch wir haben Turnerinnen und Turner, die diesen Sportlergrössen nacheifern. Die Geehrten bekommen keine grossen Geschenke, es werden CHF 20-Gutscheine und eine Medaille überreicht. Die Sportler freuen sich sehr über diese Anerkennung und Ehrung. Einerseits sind da Einzelsportlerinnen und Einzelsportler, welche eine Leistungen erbringen müssen, denn ohne Leistung erfolgt keine Ehrung, und andererseits haben wir die Mannschaften. Wir möchten daran festhalten, denn dieser Anlass ist eigentlich das Kerngeschäft der Sportkommission. Die Sportkommission ist einstimmig für diese Ehrung. Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu streichen, damit die Ehrung auch nächstes Jahr durchgeführt werden kann.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 3410.3144.00, Sport, Unterhalt Hochbauten: das Konto ist um CHF 5'200 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Antrag Finanzkommission: Konto 3410.3170.02, Sport, Veranstaltungen / Projekte: das Konto ist um CHF 4'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 14 Ja- zu 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ursula Haag: Wir haben einen Antrag der Arbeitsgruppen Finanzen. Konto 3421.4260.00, Abt. Ferienlager / Schneesportlager, Rückerstattung Dritter. Der Anteil der Eltern für das Schneesportlager soll um CHF 10'000 erhöht werden.

Linus Egger, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat sich mit einer Erhöhung ebenfalls befasst und sich mit der Schulpflege und der Schulleitung besprochen. Wir sind der Meinung, eine Erhöhung sei angebracht, doch wir erachten CHF 50.00 pro Kind als zu hoch. Wir stimmen einer Erhöhung von CHF 25.00 pro Kind zu. Ich bitte Euch, einer Erhöhung von nur CHF 25.00 zuzustimmen.

Ursula Haag: Der Gemeinderat hat einer Anpassung um CHF 5'000 zugestimmt. Mit dem Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen geht es um eine Anpassung von zusätzlich CHF 5'000.

Abstimmung

Antrag Arbeitsgruppe Finanzen: Konto 3421.4260.00, Abt. Ferienlager / Schneesportlager, Rückerstattung Dritter. Der Anteil der Eltern für das Schneesportlager soll um weitere CHF 5'000 erhöht werden.

Dieser Antrag wird mit 15 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ursula Haag: Wir haben einen Antrag der Arbeitsgruppen Finanzen. Konto 3424, Ludothek: die Ludothek soll gänzlich gestrichen werden.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat sich mit dieser Situation befasst und ist zur Überzeugung gelangt, dass die Ludothek ein wertvolles Angebot für unsere Familien darstellt. Das Angebot fördert das Spielen als aktive Freizeitgestaltung in der heutigen Zeit, wo sich Kinder und Jugendliche vor allem nur noch mit elektronischen Geräten befassen. Die Ludothek bietet Kindern, Jugendlichen, Eltern und auch Institutionen Spielsachen an. Diese Spiele können sich Familien zum Teil nicht selber leisten. Die Ludothek leistet auch einen aktiven Beitrag an den Umweltschutz an, indem die Spiele von mehreren Personen und Familien genutzt werden. Ich erinnere daran, dass die Ludothek innert kürzester Frist eine Petition zustande gebracht hat, welche von 307 Leuten unterschrieben wurden. Ich glaube, wir haben hier ein Thema, welches Standort und Lebensqualität von Obersiggenthal tangiert. Das kann man ähnlich betrachten wie eine Bibliothek. Die Ludothek bietet einen wertvollen Beitrag. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Ludothek nicht gestrichen werden soll. Ich bitte Euch, den Antrag der Arbeitsgruppe auf Streichung nicht zu unterstützen.

Urs Müller: Der Gemeindeammann hat schon das Meiste gesagt. Als Ergänzung möchte ich folgendes anführen: früher waren wir seitens der Schule sehr froh um die Ludothek. Wir konnten für die Lager, für Projektwochen etc. Spiele holen und mussten diese Spiele nicht teuer kaufen. Das Werk der Ludothek entspricht dem neuen Trend, nicht mehr alles zu kaufen, sondern zu teilen, ein neues Wort dazu ist Sharing. Es ist ökologisch sinnvoll und bringt weniger Abfall und mehr Nutzen. Ich möchte Sie bitten, die Ludothek nicht zu streichen.

Marcel Müller: Leider ist dieser Trend nicht ganz ersichtlich. Sharing mag wohl ein Zeitgeist sein, doch die Frequenzzahlen sind sehr stark rückläufig. Das hat sicher verschiedene Gründe. Doch wenn dem so ist, dass sich die Leute quasi die Klinke in die Hand geben um Spiele zu holen, dann wäre das wohl schön. Obersiggenthal ist eine von nur 300 Gemeinden mit einer Ludothek. In der Schweiz gibt es aber mehr als 2'500 Gemeinden. Man könnte sagen, 2'000 Gemeinden haben eine schlechte Standortqualität, weil sie u.a. keine Ludothek haben. Standortqualität kann immer anders definiert werden. Ich komme mit dem Steuerfuss, andere kommen mit der Ludothek, wieder andere kommen mit dem Hallenbad. Ich mache den Schritt auch nicht gerne und sage, die Ludothek muss geschlossen werden. Doch die Ludothek ist wiederum Nice-to-Have. Wettingen und Baden haben eine Ludothek. Wir haben also Ludotheken in der näheren Umgebung.

Patrick Hehli: Der Gemeinderat hat zu Beginn der heutigen Sitzungen aufgezeigt, wo die Gemeinde Obersiggenthal in den verschiedenen Bereichen im kantonalen Vergleich steht. Im Bereich Sport und Kultur stehen wir an 2. Stelle, sogar vor Wettingen. Wettingen hat unter anderem ein Eisfeld, mehrere Dreifachsporthallen und ein Hallen- und Freibad. Ich glaube, es ist falsch zu sagen, da wir ein Hallen- und Gartenbad und Sporthallen haben, geben wir so viel Geld aus und unser Ranking im kantonalen Vergleich sei so hoch. Das ist für mich zu wenig. Wir geben relativ viel Geld aus auch in diesem Bereich. Mein Vorredner hat es angedeutet und irgendwo muss man ansetzen. Klar ist Sharing im Trend, doch die Zahlen sprechen anders. Ich habe sogar einen 50 %-igen Rückgang innerhalb von 10 Jahren im Kopf, bin aber nicht ganz sicher. Wir haben der Arbeitsgruppe Finanzen einen Auftrag erteilt, mit einem möglichen Sparpotenzial gewisse Punkte herauszusuchen. Jede Medaille hat zwei Seiten, das ist mir klar. Doch wird diesem Antrag keine Folge geleistet, dann frage ich mich schon, wofür die Arbeitsgruppe Finanzen schlussendlich ihre Arbeit gemacht hat.

André Kummer: Im Prinzip könnte die Gemeinde auch sagen, wir stellen die Räumlichkeiten zur Verfügung und die Leute könnten auf volunteerbasis arbeiten und Spiele ausgeben. Es muss ja nicht immer alles bezahlt werden.

Abstimmung

Antrag Arbeitsgruppe Finanzen: Konto 3424, Abt. Ludothek: Die Ludothek soll geschlossen werden.

Dieser Antrag wird mit 13 Ja- zu 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Marco Küng: Die Finanzkommission stellt den Antrag, Konto 5350.3171.11, Leistungen an das Alter, Altersausflüge: der Betrag von CHF 5'000 sei zu streichen. Wir sind der Meinung, dass der

Altersausflug gestrichen werden soll. Wir haben in unmittelbarer Nähe Möglichkeiten, Ausflüge mit der älteren Bevölkerung zu machen, ohne auf finanzielle Beiträge zurückzugreifen.

Walter Vega, Gemeinderat: Klar, man kann alles streichen, auch bei den alten Leuten. Doch ist es wirklich die Frage, ob man das machen will? Wollen wir den Leuten etwas wegnehmen? Die alten Leute haben nicht viel und sie freuen sich auf diesen Anlass. Ich finde, das wäre der falsche Ansatz, den Beitrag zu streichen.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 5350.3171.11, Leistungen an das Alter, Altersausflüge: der Altersausflug von CHF 5'000 sei zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 16 Ja- zu 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Patrick Hehli: Wir stellen auch einen Antrag zum Konto 5350.3636.00, Abteilung Leistungen an das Alter, Beiträge an private Organisationen. Zu oft sparen wir bei der jungen und mittleren Bevölkerung, Wir sind daher der Meinung, dass man auch bei der älteren Bevölkerung sparen soll. Das Konto 5350.3636.00 zeigt den Beitrag an die Regionalstelle für Altersfragen auf. Wenn Sie das Budget verfolgen, dann steigen auch diese Beiträge von Jahr zu Jahr. Wir sind der Meinung, dass hier eine Kürzung erfolgen sollte. Wir stellen folgenden Antrag: das Konto 5350.3636.00, Abteilung Leistungen an das Alter, Regionalstelle für Altersfragen, ist um etwas mehr als 5 % bzw. um CHF 2'000 auf den Betrag von CHF 35'000 zu kürzen.

Walter Vega, Gemeinderat: Der Betrag ist der Beitrag für die Altersfachstelle. Es wäre gut, wenn man wissen würde, welches Modul man streichen will. Ich habe verstanden, es sollen CHF 2'000 gestrichen werden. Alles wird modular aufgeteilt zum Beispiel Seniorenblatt oder Altersforum. Wollt Ihr einfach eine Kürzung von CHF 2'000 und wir können selber entscheiden, wo gestrichen werden kann?

Erich Schmid: Besteht ein Vertrag oder ist das eine Spende, welche jedes Jahr pauschal überwiesen wird? Wie sind wir bei der Regionalstelle eingebunden?

Walter Vega, Gemeinderat: Ja, es besteht ein Vertrag und wir haben eine Leistungsvereinbarung mit dieser Fachstelle. Deshalb erwähnte ich die Module. Bei einer Kürzung müssten gewisse Module gestrichen werden. Doch ich muss sicher die Kündigungsfristen überprüfen. Mit einer Streichung eines Moduls senken sich auch die Beiträge.

Marcel Müller: Warum ist der Beitrag von CHF 32'000 auf CHF 37'000 gestiegen? Bekommen wir für CHF 5'000 mehr Dienstleistungen? Oder ist es Teuerungsausgleich?

Walter Vega, Gemeinderat: Zum Teil ist es abhängig von der Bevölkerungsanzahl. Diese ist in den letzten Jahren nicht so stark gestiegen, das ist richtig. Es gibt zusätzliche Dienstleistungen und Projekte.

Marcel Müller: Vielleicht sollten wir auf dem Stand bleiben um nicht steigende Kosten zu haben.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Es gab Verschiebungen von der Dienststelle 5790 in die Dienststelle 5350. Das zeigt die Differenz in diesem Konto auf.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Wir müssen schon achtsam sein, was man macht. Es handelt sich hier um eine Leistungsvereinbarung, welche unterschrieben wurde. Wir können nicht einfach Kosten runterfahren. Das könnte wohl umgesetzt werden, wenn die Leis-

tungsvereinbarung endet. Ich habe die Leistungsvereinbarung gesehen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden haben wir wenige zusätzliche Module in der Vereinbarung eingeschlossen. Ich denke, Baden und Wettingen haben mehr Module in der Vereinbarung eingeschlossen als wir. Obersiggenthal hat relativ wenige Module.

Walter Vega, Gemeinderat: Es ist nicht so, dass wir massiv weniger in der Leistungsvereinbarung haben. Es gibt zum Beispiel den Besuchsdienst, welchen wir nicht haben. Wir haben das Altersforum, Seniorenblatt und es gibt noch ein weiteres Modul, welches wir nicht haben, das ist richtig.

Christian Keller: Ich habe einen grundsätzlichen Vorbehalt an die Fraktion der SVP. Ich habe bei der Erklärung über die Regionalstelle, wie diese aufgebaut ist mit den Modulen, bei Euch festgestellt, dass Ihr gar nicht gewusst habt, wie das organisiert ist. Ihr habt ja keine Ahnung, was Ihr hier kürzen wollt. Ihr habt einfach das Gefühl, dass bei den Alten auch gekürzt werden soll.

Patrick Hehli: Das ist eine Unterstellung Christian. Wir haben gewusst, dass es Module hat. Doch wir haben heute schon einmal erwähnt, es kann nicht an uns liegen festzulegen, welche Modul man braucht und welche nicht. Das ist das gleiche wie bei der Feuerwehr oder bei anderen Konten. Das soll der zuständige Gemeinderat entscheiden.

Christian Keller: Dann habe ich Eure Reaktion falsch interpretiert. Ich finde es komisch, dass man überall sucht, wo noch etwas gespart werden kann, auch bei Fachstellen. Letztlich geht es darum, dass wir keine Insel sind. Es gibt in der Region ein Verbund mit gewissen Dienstleistungen, welche wir nicht als alleinige Gemeinde tragen können. Es macht Sinn, dass man das mit anderen Gemeinden zusammen organisiert. Dass nun versucht wird, sich aus der Affäre zu stellen mit Beitragskürzungen wie zum Beispiel bei der Stadtbibliothek Baden und dann trotzdem die Frage stellt, ob man trotz Kürzung unseres Gemeindebeitrages weiterhin Bücher ausleihen kann? Man kann sicher über die Kosten sprechen, doch es muss anders angegangen werden.

Eugen Paul Frunz: Eine Gegenfrage: wo können wir handeln um Kosten zu kürzen, wenn nicht beim Budget?

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Hier eine Information zur Leistungsvereinbarung: Alle Parteien haben das Recht, die Vereinbarung unter Einhaltung einer 12-monatigen Kündigungsfrist, jeweils auf den 31. Dezember, schriftlich zu kündigen. Eine erstmalige Kündigung ist per 31.12.2019 möglich. Wir müssten schon abklären, ob man ein Modul künden kann, sonst bringt das alles gar nichts. Ich weiss nicht, worüber wir jetzt abstimmen sollen.

Ursula Haag: Patrick, hält Ihr am Antrag fest?

Erich Schmid: Der Vertrag läuft bis 31. Dezember 2019. Wenn Du am Antrag festhältst, dann wird man vertragsbrüchig.

Abstimmung

Antrag SVP: Konto 5350.3636.00, Leistungen an das Alter, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, Regionalstelle für Altersfragen: das Konto ist um CHF 2'000 auf den Betrag von CHF 35'000 zu kürzen.

Dieser Antrag wird mit 2 Ja- zu 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Patrick Hehli: Wir stellen folgenden Antrag: Konto 5440.3636.00, Abteilung Jugendschutz, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Pro Juventute erachten wir grundsätzlich als eine gute Sache, egal ob für Jung oder Alt. Jedoch erachten wir den Versand von Elternbriefen per Post nicht mehr als neuzeitlich. Junge Eltern holen sich die Informationen im Netz oder sie haben die Möglichkeit, die Mütterberatung zu konsultieren. Unser Antrag: das Konto 5440.3636.00, Elternbrief, sei um CHF 2'000 zu kürzen, bzw. ersatzlos zu streichen.

Petra Rutschmann: Ich bin seit 10 Jahren im Kinderschutz tätig. Ich denke, der Elternbrief ist eine präventive Massnahme. Die Kosten für den Kinderschutz sehen wir auch im Budget, die sind unverhältnismässig hoch. Wenn weniger Informationen laufen, und auch solche Mittel wie Elternbriefe gekürzt werden, dann glaube ich nicht, dass es sich rechnet. Es mag schon sein, dass sich viele Leute via Medien informieren. Doch Unterlagen, welche per Post zugestellt werden, sind nicht zu unterschätzen. Ich denke, alleine schon mit dem Logo und den Bildern werden die Eltern angesprochen. Ich würde den Elternbrief nicht streichen.

Erich Schmid: Was beinhalten die CHF 2'000? Sind das die Portokosten oder das Erstellen des Elternbriefes?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die Elternbriefe werden durch die Pro Juventute erstellt. Diese gibt es schon sehr viele Jahre. Tatsache ist, dass die jungen Eltern vielleicht nicht mehr alles in gedruckter Form lesen wie früher. Doch die Briefe werden sehr geschätzt und sie kommen zum rechten Zeitpunkt. Die Elternbriefe sind für Eltern sehr hilfreich. Die Elternbriefe gehen auf die aktuellen Lebensphasen des Kindes ein. Natürlich kann man nicht alle Ratschläge aus den Büchern oder Briefen holen.

Daniela Graubner: Eine Info: wenn man sich via Mütterberatung für den Elternbrief anmeldet, dann bekommt man diese auf Termin, also entsprechend dem Alter des Kindes. Man bekommt ein Brief pro Familie. Es gibt also nicht mehr den gleichen Brief für jedes weitere Kind.

Erich Schmid: Was beinhalten die CHF 2'000? Sind das Versand- und Kopierkosten? Es wird nichts durch uns erstellt. Wäre eine E-Mail-Zustellung möglich und die CHF 2'000 würden wegfallen?

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Als ich noch nicht Mitglied des Einwohnerrates war, sondern Präsident der ersten einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe Finanzen, setzte ich mich mit diesem Streichungsantrag brutal in die Nesseln. Ich war damals verheiratet und kurz darauf wurden wir Eltern. Ich muss sagen, ich habe den Elternbrief sehr geschätzt. Die Informationen sind gut geschrieben und der Zeitpunkt der Zustellung stimmt. Die Briefe können praktisch abgelegt werden und wir als Eltern haben es sehr geschätzt, den Brief in den Händen halten zu können. Ich glaube, der Elternbrief ist ein Hilfsmittel, auch dann, wenn man das Gefühl hat, man habe die Hilfe gar nicht nötig.

Abstimmung

Antrag SVP: Konto 5440.3636.00, Abteilung Jugendschutz, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, Pro Juventute Elternbrief: das Konto ist um CHF 2'000 zu streichen.

Dieser Antrag wird mit 5 Ja- zu 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Daniela Graubner: Die Finanzkommission stellt folgenden Antrag: das Konto 5446.3090.00, Abteilung Jugendarbeit (Jugendnetz Siggenthal), Aus- und Weiterbildung des Personals, ist um CHF 2'000 zu reduzieren von alt CHF 5'000 auf neu CHF 3'000. Im Jahr 2015 wurden CHF 2'000 ausgegeben, budgetiert wurde jeweils CHF 5'000. Wir sind der Meinung, dass man eine Weiterbildung alle zwei Jahre machen kann.

Walter Vega, Gemeinderat: Man muss beachten, dass wir bereits in diesem Jahr mit Sparen bei der Ausbildung begonnen haben. Streichen wir hier weiter, dann besteht keine Chance mehr für eine Ausbildung. Wir haben jetzt schon im laufenden Jahr bei den aktuellen Sparbemühungen gewisse Sachen gestrichen und auf das nächste Jahr geschoben. Wir haben bei den Prognosen begonnen, nach unten zu korrigieren, weil gewisse Sachen nicht benötigt wurden. Ich empfehle deshalb, das Konto nicht zu kürzen, damit gewisse Ausbildungen möglich sind.

Marcel Müller: Wieso ist der Ausbildungsbedarf von der Rechnung 2015 zum Budget 2017 mehr als doppelt so gross? In der Rechnung 2015 hatten wir CH 2'000 und Budget 2017 CHF 5'000, der Antrag lautet nun auf CHF 3'000 zu kürzen. Man hatte ja mehr als verdoppelt.

Walter Vega, Gemeinderat: Im 2015 wurden bereits Sparmassnahmen umgesetzt. Man versucht jedes Mal, nach hinten zu schieben. Doch irgendwann muss eine Ausbildung möglich sein.

Daniela Graubner: Kann ein aktueller Stand 2016 beziffert werden?

Walter Vega, Gemeinderat: Ich kenn die Zahlen nicht.

Daniela Graubner: Wir ziehen den Antrag zurück.

Ursula Haag: Wir haben zwei Anträge der Arbeitsgruppen Finanzen zu den Konten 5920.3636.00, Abteilung Hilfsaktionen im Inland, und 5930.3636.00, Abteilung Hilfsaktionen im Ausland. Bei der Dienststellen 5930.3636.00 soll der Beitrag um zusätzlich CHF 5'000 gestrichen werden.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat im letzten Jahr bereits Streichungen vorgenommen und zwar von CHF 40'000 auf CHF 30'000. Wir sind der Meinung, dass wir nur auf CHF 20'000 kürzen wollen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es sicher noch ärmere Länder oder Gemeinden gibt, welche auf Spenden angewiesen sind, je nach Katastrophe und Elend. Ich möchte beliebt machen, dem Antrag des Gemeinderates auf eine Reduktion von CHF 20'000 zu folgen.

Silvia Dingwall: Die Fraktion SP/Grüne ist gegen eine Halbierung der Gemeindebeiträge an Hilfsaktionen. Unterstützungen von Projekten können gezielt und positiv wirken. Lokale Vereine wie der Verein Pro Kalmet, den sicher einige kennen, leisten kostengünstige Entwicklungshilfe durch Freiwilligenarbeit und mit vielen Privatspenden. Doch mit einem Gemeindebeitrag kann mehr bewirkt werden. Ein anderes Beispiel ist ein Hilfswerk, welches ich präsidiere, welches schon zwei Mal Spenden der Gemeinde erhalten hat. Wünscht man Informationen darüber, dann kann ich Ihnen versichern, dass das Geld sehr gut umgesetzt wurde. Wir sind keine arme Gemeinde. Im Vergleich zu den Dörfern, welche ich zu Beginn des Jahres in Afrika besucht habe, geht es uns extrem gut. Ich finde es beschämend, dass wir über kleine Beträge diskutieren. Ich bitte Sie, den Antrag um weitere Streichung von CHF 5'000 abzulehnen.

Abstimmung

Antrag Arbeitsgruppe Finanzen: Konto 5930.3636.00, Abteilung Hilfsaktionen im Ausland, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: das Konto ist um CHF 5'000 zu kürzen.

Das Abstimmungsresultat zeigt 16 Ja- zu 16 Nein-Stimmen auf. Mit Stichentscheid der Präsidentin wird der Antrag angenommen.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Marco Küng: Die Finanzkommission stellt folgenden Antrag: das Konto 7500.3140.00, Abteilung Arten- und Landschaftsschutz, Unterhalt Grundstücken, sei um CHF 3'000 zu reduzieren von alt CHF 38'500 auf neu CHF 35'500. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass man die Natur etwas mehr walten lassen soll und deshalb eine Kürzung von CHF 3'000 verkräftbar ist.

Linus Egger, Gemeinderat: In diesem Konto sind verschiedene Positionen enthalten wie zum Beispiel Unterhalt von Waldrändern, welcher der Forst ausführt mit jährlich CHF 10'000. Wir haben eine Unterhaltungsgruppe, welche die Objekte pflegt mit einem Budgetbetrag von CHF 8'500. Der Heckenunterhalt durch den Forstdienst ist mit CHF 4'500 enthalten. Weiter handelt es sich um kleinere wiederkehrende Beträge, welche für die Pflege durch die Arbeitsgruppe benötigt werden. Ich möchte Sie bitten, den Betrag zu belassen. Werden die Sträucher nicht jährlich geschnitten, so wird der Aufwand in den folgenden Jahren umso grösser.

Sonja Schiesser-Frei: Ich möchte etwas zu den Büschen und Bäumen sagen, die einfach weiterwachsen sollen. Die Hecken wachsen und werden grösser. Wir haben viele kleine Kinder in der Schule, welche täglich zur Schule gehen. Ich finde es extrem gefährlich, wenn die Hecken nicht mehr geschnitten werden. Ich finde es auch riskant, wenn die Bäume in die Strasse überhängen, wie zum Beispiel bei der Hertensteinstrasse. Die Situation ist für einen Velofahrer, welcher die Strasse passieren muss, und die Büsche reichen bis zum Sattel, sehr gefährlich. Hier zu sparen finde ich ganz falsch.

Marco Küng: Ich verstehe die vorgenannte Situation, denn ich fahre selber Velo. Bei wirklich gefährlichen Situation sollen die Büsche und Bäume geschnitten werden. Aber es muss priorisiert werden, an welchen Orten geschnitten werden muss und an welchen Orten eben nicht. Eine Kürzung von CHF 3'000 sollte verträglich sein.

Marcel Müller: Ich vergleiche immer mit der Rechnung 2015. Wir haben im Budget 2017 CHF 6'000 mehr als im Rechnungsjahr 2015. Im Rechnungsjahr mussten wir in etwas die gleichen Leistungen erbringen. Wurden im Jahr 2015 die Hecken nicht geschnitten? Woher kommen die CHF 6'000? Haben wir neue Strassen, haben wir neue Gebiete, welche bearbeitet werden müssen?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es sind nicht Strassengrundstücke, sondern es handelt sich um Grundstücke mit Naturschutz und Arten- und Landschaftsschutz. Nehme ich das Detailbudget zur Hand, dann haben wir Pflegemassnahmen im Aufwertungsgebiet Limmatraum mit neu CHF 2'000, wir haben CHF 1'000 mehr im Schutzgebiet Nr. 2 im Guggebüeli (Freilegen des Mäuerchens), und wir haben zusätzlich CHF 3'000 für die Bekämpfung fremder Pflanzen wie Goldraute, Ambrosia usw. Ich nehme an, dies macht den Unterschied des Betrages aus.

Marcel Müller: Nun wissen wir, warum CHF 6'000 mehr budgetiert sind.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Es geht vor allem um den letzten Posten, den Du erwähnt hast. Es geht um die Bekämpfung fremder Pflanzen, Neophyten wie zum Beispiel Goldrauten. Das wurde im Budget 2016 gestrichen und jetzt wiederaufgenommen. Das sind CHF 3'000. Darin enthalten sind aber auch CHF 3'000 Unterhalt durch externe Unternehmen, z.B. falls Private diese Arbeiten nicht mehr durchführen (können) und dringender Bedarf besteht. Wenn ich das lese, dann heisst das nichts anderes, als dass mit Steuergeldern Gartenanlagen von Privaten gepflegt werden, welche die Arbeiten nicht mehr erledigen können.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es sind sicher keine Arbeiten in privaten Gartenanlagen, ausser es findet eine Aktion statt, bei welcher der Baudienst vor Ort prüft und allenfalls die Eigentümer darauf aufmerksam macht, Büsche oder was auch immer zu schneiden. Die Arbeiten finden im öffentlichen Raum statt. Es gibt sicher ein Landschaftsschützer unter ihnen, der schon einmal mitgearbeitet hat und weiss, wie die Arbeiten durchgeführt werden. Eine Fachperson ist dort und sagt genau, was unbedingt auszureissen ist oder was wie zurückgeschnitten werden muss.

Petra Rutschmann: Ich war letztes Mal bei der Neophyten Aktion dabei. Es sind Goldruten und keine Rauten. Die Arbeiten werden wie folgt ausgeführt: man ist im öffentlichen Raum unterwegs. Hegt und pflegt man seinen privaten Garten zum Beispiel mit den wunderschönen Goldruten, doch diese verbreiten sich leider überall schnell. Das Hauptproblem liegt bei den Privatgärten. Betrachten wir das Limmataufer. Man reisst bei solchen Aktionen wohl Pflanzen auf Privatgrundstücken aus, das ist richtig. Doch wenn Du nur auf öffentlichem Grund die Arbeit erledigst und 2 m weiter oben befinden sich noch mehr solcher Pflanzen, dann bringt der ganze Aufwand nichts. Die Eigentümer werden immer gefragt, ob die Arbeiten ausgeführt werden dürfen. Einige sagen ja, andere nein.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich muss auch erwähnen, es bestehen gesetzliche Auflagen vom Kanton, die wir erfüllen müssen. Eine gefährliche Pflanze darf sich nicht vermehren.

André Kummer: Ein Hinweis zur Fussgängersicherheit. Es gibt einige Privatgärten bei Privatliegenschaften, bei denen Sträucher und Bäume in die Strasse oder auf die Trottoirs reichen. Manchmal ist es schwierig, dass sich die Gemeinde durchsetzen kann und die Besitzer in Pflicht nehmen kann, die Bäume und Sträucher zu schneiden. Ein klassisches Beispiel war mit der Swisscom. Mittlerweise wurde alles zurückgeschnitten. Ein anderes Beispiel war die Breite, dort war das Trottoir noch 40 cm breit. Jetzt wurde geschnitten. Ich habe keine Kenntnis, ob der Baudienst geschnitten hat. Solche Kosten müssten den Eigentümern verrechnet werden.

Franziska Grab, Vizeammann: Eine Klarstellung. Wir sprechen hier nicht von Hecken entlang der Strasse. Wir sprechen hier von Aufwertungsgebieten, welche Naturschutzgebiete sind. Diese liegen an keiner Quartierstrasse und auch nicht an der Hauptstrasse. Es handelt sich um Naturschutzgebiete mit Hecken, welche gepflegt werden müssen, damit diese nicht wuchern. Es hat also nichts mit Strassenhecken zu tun.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 7500.3140.00, Abteilung Arten- und Landschaftsschutz, Unterhalt Grundstücken: Das Konto ist um CHF 3'000 zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit 18 Ja- zu 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission beantragt, das Konto 7710.3132.00, Abteilung Friedhof und Bestattung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. um CHF 36'000 zu reduzieren. Uns liegt eine erste Offerte vor, damit man einschätzen kann, worum es überhaupt geht. Es geht um die Neuausschreibung der Anlagepflege und Erstellung Bestattungsunterhaltspläne sowie um die Weiterentwicklung Friedhof. Es werden dafür sagenhafte 30 Stunden aufgewendet für die Erarbeitung der Offert-Formulare, 15 Stunden zum Überarbeiten der Ausschreibungsdokumente, 25 Stunden werden eingesetzt für die materielle und rechnerische Kontrolle der Angebote und die Beurteilung der Anbieter auf Basis der Eignungskriterien. Alles zusammen kostet uns CHF 11'000. Man will gleichzeitig Pläne und Unterhaltspläne im Massstab 1:100 und 1:200 erstellen. Dafür werden 40 Stunden für die Erarbeitung der Grundlagen benötigt und 50 Stunden für einen Pflegeplan, also insgesamt 90 Stunden. Das kostet zusammen nochmals CHF 13'000. Der Entwicklungsplan soll mit 30 Stunden für ergänzende Bestandsaufnahmen, Sammeln der notwendigen Daten, analysieren

der Absichten und Bedürfnisse vom Auftraggeber – wir sprechen immer noch vom Friedhof – und Vorabklärungen mit Behördenvertreter, gerechnet werden. Die Erarbeitung des Entwicklungsplanes benötigt 40 Stunden. Das beziffert sich auf weitere CHF 10'300. Dann kommen noch alle Druck- und Kopierkosten dazu im Umfang von CHF 2'000, insgesamt CHF 36'000. Da fragen wir uns in der Finanzkommission, ob man hier nicht über das Ziel schießt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Hier haben wir ein typisches Beispiel von einem Kreditantrag, welcher eine Grob-Offerte zu Grunde liegt. Der Gemeinderat hat gleich reagiert wie die Finanzkommission, wir finden den Betrag auch sehr hoch. Doch wir haben den Betrag trotzdem ins Budget aufgenommen. Das Vorgehen ist üblicherweise so, dass wir nach Sprechung des Kredites die Offerte nochmals ausschreiben und anschliessend eine Submission durchzuführen. Der heutige Gärtner ist schon eine längere Zeit beim Friedhof und wir sind der Meinung, es sei nötig, wieder einmal eine Submission durchzuführen um zu prüfen, ob allenfalls kostengünstiger gearbeitet und sogar lokale Gärtnereien bevorzugt werden könnten. Ich möchte beliebt machen, den Betrag stehen zu lassen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Betrag von CHF 36'000 zu hoch ist. Wir werden uns darum bemühen, dass die Arbeiten kostengünstiger ausgeführt werden können.

Patrick Hehli: Ich habe heute Abend erwähnt, dass die Kommissionen überdenkt werden sollten. Wir haben eine Friedhofskommission. Kann diese nicht gewisse Arbeiten abdecken oder übernehmen?

Daniel Jenni: Wir haben das auch in unserer Fraktion DVP/BDP geprüft. Wir sind der Meinung, die Kosten sind viel zu hoch. Wir sind nicht der Meinung, den Kredit abzulehnen, denn sonst wird alles in das nächste Jahr geschoben. Wir stellen deshalb im Namen der CVP/BDP-Fraktion folgenden Antrag: Konto 7710.3132.00, Abteilung Friedhof und Bestattung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc., wir beantragen eine Kürzung des Kredites um CHF 26'000 auf neu CHF 10'000. Wir denken, dass die Arbeiten mit diesem Kreditrahmen machbar sein sollten.

Theo Flückiger: Wir haben immer wieder kritisiert, dass die Grundlagen schlecht sind für die Vorlagen. Streichen wir den ganzen Betrag, dann haben wir wieder die Situation, dass wir keine Grundlagen haben. Deshalb finde ich den Antrag der CVP gut, denn so können die Grundlagen erarbeitet werden.

Abstimmungen

Konto 7710.3132.00, Abteilung Friedhof und Bestattung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.:

Die Anträge der Finanzkommission und der CVP/BDP-Fraktion werden einander gegenübergestellt:

Der Antrag der Finanzkommission erhält 5 Stimmen

Der Antrag der Fraktion CVP/BDP erhält 26 Stimmen

Schlussabstimmung:

Das Konto 7710.3132.00 ist um CHF 26'000 zu reduzieren von alt CHF 36'000 auf neu CHF 10'000.

Der Antrag wird mit 31 Ja- Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

8 Volkswirtschaft

Urs Müller: Ich habe ein Streichungsantrag. Konto 8140.3637.09, Abt. Produktionsverbesserung Pflanzen, Beiträge an Private / Mäusefang: Der Betrag sei zu streichen. Der Mäusefang ist keine vordringliche Aufgabe unserer Gemeinde und Leuten, welche Mäuse einfangen, dafür zu entschädigen. Selbstverständlich können die Leute dies auf freiwilliger Basis machen wie andere Leute auch Freiwilligenarbeit leisten. Im Übrigen haben wir sehr Mäusebussarde und Katzen, die den Job übernehmen könnten.

Linus Egger, Gemeinderat: Wird der Mäusefang abgeschafft, dann nehmen die Ungeziefer zu. Der Mäusefang wird ziemlich aktiv betrieben, auch von älteren Personen. Ich möchte Euch bitten, für die Landwirtschaft die CHF 2'400 zu bewilligen für den Mäusefang.

Abstimmung

Antrag Urs Müller: Konto 8140.3637.09, Abteilung Produktionsverbesserung Pflanzen, Beitrag an Private / Mäusefang: das Konto sei um CHF 2'400 zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 15 Ja- zu 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Theo Flückiger: Im 8710.3132.00, Abteilung, Elektrizität, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. ist u.a. ein Betrag von CHF 1'500 der Energie- und Umweltkommission für ihre Projekte enthalten. Wir haben ein energiepolitisches Programm, welches die Kommission erarbeitete, aktuell für die Jahre 2013 bis 2016. Das Programm läuft aus. Meine Frage ist: was können wir Neues erwarten? Ist das in den CHF 1'500 enthalten oder sind das andere Projekte? Gleichzeitig übergebe ich dem Gemeinderat eine Broschüre, aus welcher ersichtlich ist, was alle gemacht werden könnte. Es enthält interessante Projekte, welche die Umsetzung solcher Themen enthalten. Ich befürchte, wir werden auch dieses Jahr nicht viel sehen und hoffe, mit dieser Broschüre Anregungen geben zu können.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich danke im Namen der Energiekommission für diese Broschüre. Ich werde diese gerne weiterleiten. Die Kommission hat eigentlich kein Projekt angedacht. Es ist so, dass jeden Herbst über das energiepolitische Programm diskutiert wird. Doch eine Überarbeitung und diese dem Gemeinderat zur Kenntnis zu unterbreiten, erfolgte nicht.

9 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldungen.

Ursula Haag: Wir kommen zu der Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission stellt den Antrag, das Konto 0290.5040.10, Verwaltungsliegenschaften, übriges, um CHF 75'000 zu reduzieren. Es geht um das geplante Besprechungszimmer für die Abteilung Soziales im Gemeindehaus. Die Finanzkommission hat nichts gegen einen zusätzlichen Raum und anerkennt insbesondere das Diskretionsbedürfnis der Kundschaft. Das ist in der Tat nicht ideal neben dem Eingang im Gemeindehaus. Die Finanzkommission hat bis heute weder einen Plan, noch ein Kostenvorschlag oder sonstige Unterlagen erhalten ausser einem Vierzeiler mit der Information, dass man etwas machen will und dafür CHF 75'000 brauche. Die Mitglieder der Finanzkommission

haben sich spontan, vielleicht etwas naiv aber pragmatisch, ins Gemeindehaus begeben und überlegt, ob es andere Möglichkeiten gäbe oder ob Räume anders eingeteilt werden könnten. Wir hatten das Gefühl, dass mit gewisse Einschränkungen für andere Nutzer eine Lösung praktisch und theoretisch möglich wäre. Wir würden erwarten, dass man, wenn es sich offensichtlich um ein grosses Bedürfnis handelt, eine saubere Kreditvorlage ausarbeite mit einzelnen Varianten und es nicht einfach schnell mit CHF 75'000 ins Budget schmuggelt. Es wurden heute bei anderen Themen um kleinere Beträge diskutiert. Hier muss ich aus Sicht der Finanzkommission sagen, das ist eine Blackbox von CHF 75'000.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich möchte betonen, die Klienten der Abteilung Soziales sind nicht die gleichen Klienten, wie bei der Einwohnerkontrolle. Der akustische Teil ist ein Problem, denn ein Gespräch am Schalter ist im ganzen Gemeindehaus hörbar. Das ist für die Leute unangenehm. Das Besprechungszimmer ist nicht nur für die Klienten, sondern auch für das Personal gerechnet. Wir sind am Suchen, denn wir brauchen dringend weitere Sozialmitarbeiterinnen oder Sozialmitarbeiter. Doch der Markt ist ausgetrocknet. Die Leute kommen nicht, wenn nicht mal ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Die Zeit drängt. Es gibt in den nächsten Monaten personelle Abgänge, die man kennt. Wir können nicht noch viele Projekte erstellen. Es liegt eine Kostenschätzung von der Abteilung Bau und Planung vor. Es heisst natürlich nicht, dass es der Betrag ist. Wir sind sicher bemüht, eine günstigere Lösung zu finden. Ich möchte Euch wirklich ans Herz legen, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen. Es eilt wirklich. Es ist eine wichtige Angelegenheit für die Klienten einerseits und für die neuen Angestellten, welche dann auch professionell arbeiten können.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 0290.5040.10, Verwaltungsliegenschaften, übriges: das Konto ist um CHF 75'000 zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 16 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2017 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 103 % (unverändert), die Erhöhung der Nachtparkgebühren per 01.01.2017 um 50 % (pro Kategorie) und die Summe der Stellenplanprozente gemäss Stellenplan zu genehmigen.

Diesem Antrag wird mit 27 Ja- zu 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, für die Eigenwirtschaftsbetriebe (Spezialfinanzierungen) der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Wasserversorgung / Fr. 2.00/m³), der Beibehaltung der Benützungsg Gebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung / Fr. 1.80/m³) und der Beibehaltung der Kehrichtgebühren zuzustimmen. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Ursula Haag: Somit hätten wir dieses Geschäft erledigt. Danke den Stimmenzähler, wir haben uns heute Abend bei 34 Abstimmungen nur einmal verzählt. Das ist eine gute Bilanz.

4 2016.33 Umfrage

André Kummer: Wir konnten heute mit einigen Anträgen Einsparungen treffen. Wir hoffen es auf jeden Fall, wenn die Umsetzung kommt. Ich glaube, das ist ein grosser Dank an die Arbeitsgruppe Finanzen und an die Finanzkommission. Man hätte sicher noch mehr sparen wollen. Doch die Arbeit war gross. Es ist schon klar, wir dürfen uns nicht zu Tode sparen. Ich glaube, in Zukunft, sollte eine Steuererhöhung anstehen, dann müsste im Volk gut begründet werden, warum und weshalb. Für das nächste Jahr fahren wir sicher gut mit dem, was heute beschlossen wurde.

Marcel Müller: Wir haben auf der Liste von Linus mit den Vergleichen gesehen, wo wir stehen. Diese Liste ist sehr interessant und Linus hat diese der Arbeitsgruppe Finanzen ausführlich erklärt. Kultur und Freizeit steht in Obersiggenthal auf Platz 2. Der 26. Platz ist der beste und der 1. Platz ist der schlechteste Platz. Man kann Kultur diskutieren, man kann Freizeit diskutieren doch wir sprechen nicht über soziale Wohlfahrt, über Bildung oder über Verwaltung. In der Verwaltung sind wir gut, in der Bildung sind wir gut. Doch bei Kultur und Freizeit stehen wir auf Rang 2. Wir werden nicht vermeiden können, über das Hallen- und Gartenbad zu reden. Wir werden über die Sporthalle sprechen müssen. Bei der Kultur wurde heute etwas gestrichen, persönlich bin ich froh darüber. Wir haben kein Null-Kulturangebot, wir haben ein reduziertes Kulturangebot. Wir haben von Auswärtigen Kultur gestrichen. Das ist immer noch ein grosser Posten. Wir müssen dies in Zukunft diskutieren. Wenn wir das den Leuten sauber aufzeigen können, warum wir das brauchen, dann haben wir auch eine Chance für eine Steuererhöhung, sonst kaum. In der letzten Abstimmung über eine Steuererhöhung hat keine Partei Opposition ergriffen. Wir sind nur mit 180 Stimmen mehr durchgekommen. Das muss zu denken geben. Es geht nicht einfach durch beim Volk.

Ursula Haag: Ich schliesse diese Sitzung um 00.25 Uhr.

Die Präsidentin:

Ursula Haag

Die Protokollführerin:

Romana Hächler